

Leben nach Migration – Newsletter Nr. 2 | 2016**Wahlprüfsteine zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses
18. September 2016**

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. setzt sich seit seiner Gründung 2004 für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft und für die Partizipation von Migrant_innen in Deutschland ein. Als Dachverband von über 70 Migrant_innenselbstorganisationen in der Mitgliedschaft, vereinigen wir unterschiedliche marginalisierte Gruppen in unserer Organisation. Gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft zu sein, heißt auch, gesellschaftliche und soziale Verantwortung zu übernehmen. Wir tun dies in den Bundesländern Berlin und Brandenburg, indem wir (Mehrfach-) Diskriminierung im Alltag, in Politik, Bildung, Arbeit, Gesundheit, Wohnen und Kultur sichtbar machen und aktiv dagegen ansteuern. Die völlige rechtliche, soziale und politische Gleichstellung und Teilhabe von Migrant_innen, ihren Nachfahren, anderen People of Color und LSBTIQ sehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir mit gebündelten Kräften unterstützen.

Wir möchten, dass bei allen politischen und gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Migrant_innen berücksichtigt werden.

Unser Anliegen ist es, auf Schwierigkeiten in der Migrations- und Partizipationspolitik aufmerksam zu machen und Empfehlungen auszusprechen. Für die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin im September 2016 hat der Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. Wahlprüfsteine und Forderungen aus unterschiedlichen Bereichen erarbeitet. Mit den Wahlprüfsteinen und den daraus resultierenden Forderungen werden die Einstellungen von Parteien zu relevanten Punkten der Migrations- und Partizipationspolitik in Berlin abgefragt.

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.

Oranienstraße 34 • 10999 Berlin

presse@MRBB.de • 030/616 58 755

Redaktion: Koray Yılmaz-Günay (V.i.S.d.P.), Meral El, Magdalena Benavente und Tuğba Tanyılmaz

Leben nach Migration erscheint sechs Mal im Jahr und dient den Mitgliedsorganisationen des MRBB und der interessierten Öffentlichkeit als Debatten- und Informationsmedium. Die Artikel geben die Meinung der Autor_innen wieder und müssen nicht den Positionen des MRBB entsprechen. Sie können mit der Quellenangabe «Leben nach Migration – Newsletter des Migrationsrats, Ausgabe 2|2016» vervielfältigt und weiterverwendet werden.

Artikel können unverlangt eingesandt werden. Es entsteht dadurch kein Anspruch auf Abdruck.

«Leben nach Migration» wird gefördert durch die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration.

1. Welchen Stellenwert haben ethnische, kulturelle und religiöse Verschiedenheit für Ihre Partei? Auf welche Weise wollen Sie darauf hinwirken, dass aus solchen Verschiedenheiten nicht soziale Ungleichheit entsteht bzw. fortgeschrieben wird? Verfügen Sie über Plattformen für eine Zusammenarbeit mit den jeweiligen Organisationen?
2. Welche Herangehensweisen hat Ihre Partei entwickelt, die auf die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund (insbesondere ohne deutsche Staatsangehörigkeit) und Menschen of Color allgemein zielen? Welche Schritte wollen Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin und in den Bezirksverordnetenversammlungen zum Abbau von struktureller und institutioneller Ungleichbehandlung unternehmen?
3. Hat Ihre Partei/die Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin ein Konzept für die systematische Zusammenarbeit mit Migrant_innen-Selbstorganisationen und den Organisationen von Menschen of Color entwickelt? Welchen Stellenwert hat dabei die Liste, die beim Integrationsbeauftragten des Senats von Berlin geführt wird?
4. Wie stellen Sie sich eine Evaluation des Partizipationsgesetzes (bezogen auf das Land und die Bezirke) vor? Wie beurteilen Sie die bisherige Arbeit des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen?
5. Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund/of Color bewerben sich für Ihre Partei um ein Mandat im Abgeordnetenhaus von Berlin und in den Bezirksverordnetenversammlungen? Wie viel Prozent der Kandidat_innen sind dies jeweils?
6. Welche konkreten Maßnahmen sind in Ihrer Partei geplant, um in den kommenden Jahren den Betreuungsumfang und das Betreuungsangebot in Kindertagesstätten zu verbessern?
7. Was wird Ihre Partei dazu beitragen, dass der Anteil von Lehrer_innen of Color und/oder Migrationshintergrund erhöht wird?
8. Wie wird Ihre Partei in den kommenden Jahren mit der Unterbringung in Sammelunterkünften (Lagern) umgehen?
9. Wie steht Ihre Partei zu Wohnsitzauflagen?
10. Wie wird Ihre Partei in Zukunft mit dem Neutralitätsgesetz auch in Bezug auf Einstellung von Beamt_innen im öffentlichen Dienst umgehen?
11. Wie sieht Ihre Partei die Problemlage der Duldung und mit welchen Maßnahmen wollen Sie Kettenduldungen und illegale Arbeitsverhältnisse vermeiden? Würde nicht ein sofortiger Arbeitsmarktzugang für alle, unabhängig vom Aufenthaltstitel, unabhängig von der Aufenthaltsdauer, der Staatsangehörigkeit und der «sicheren Herkunftsstaaten»-Regelungen illegale Arbeitsverhältnisse und die Steuerhinterziehung vermeiden und damit die Sozialkassen schonen?
12. Ist Ihre Partei bereit, einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang für alle Migrant_innen unabhängig Aufenthaltsstatus und -dauer gesetzlich einzuführen?
13. Was werden Sie tun, um einen gleichberechtigten Zugang zu den Regeldiensten und insbesondere zu Förderinstrumenten zu gewährleisten?
14. Welche konkreten Maßnahmen schaffen Sie für einen besseren Einstieg ins Berufsleben für migrantische Frauen of Color? Mit welchen konkreten Maßnahmen helfen Sie migrantischen/geflüchteten Frauen mit Kindern, beruflich unabhängig zu werden?
15. Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen, um für präventive Vorsorgeuntersuchungen für Frauen und LSBTI*Q of Color zu sorgen?
16. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie gegen Mehrfachdiskriminierungen in Bildung/Arbeit/Gesundheit/Öffentlichkeit schaffen?
17. Wie will Ihre Partei das Verhältnis von Projektförderung und institutioneller Grundförderung von migrantischen und/oder PoC - Künstlerischen Organisationen im Kulturbereich gewichten?
18. Sieht Ihre Partei einen Optimierungsbedarf in den aktuellen Förderstrukturen im Kulturbereich? Wie sollen sich hier Förderinstrumente auf Landesebene entwickeln? Soll partizipative Kunst von Migrant_innen ein Förderschwerpunkt hierbei sein?

1. Welchen Stellenwert haben ethnische, kulturelle und religiöse Verschiedenheit für Ihre Partei? Auf welche Weise wollen Sie darauf hinwirken, dass aus solchen Verschiedenheiten nicht soziale Ungleichheit entsteht bzw. fortgeschrieben wird? Verfügen Sie über Plattformen für eine Zusammenarbeit mit den jeweiligen Organisationen?	
SPD	CDU
<p>Der Schutz vor Diskriminierung ist ein Menschenrecht, das für eine solidarische Gesellschaft und für die SPD von hoher Bedeutung ist. Die Ausgrenzung von Menschen, sei es aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder Identität, ihrer Behinderung oder ihrer Religion ist in keiner Weise hinnehmbar. Es ist erklärtes Ziel der SPD, den Schutz jeder und jedes Einzelnen vor Benachteiligung zu verbessern und das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung auch tatsächlich durchzusetzen. Berlin hat als erstes Bundesland eine Landesantidiskriminierungsstelle eingesetzt. Sie hat damit einen maßgeblichen Beitrag zur Sichtbarmachung und Bekämpfung von Diskriminierungen geleistet. Hierauf aufbauend und mit dem zentralen Ziel, Menschen in ihrem Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu unterstützen sowie zu einer Vielfalt wertschätzenden Stadtkultur beizutragen, wollen wir die Antidiskriminierungs- und die [2] Diversitypolitik als fachliche Querschnittsaufgabe weiterentwickeln: Wir wollen außerdem die rechtlichen Grundlagen für einen nachhaltigen Diskriminierungsschutz verbessern, indem das landesrechtliche Potential zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung positiver Ansätze gezielt ausgeschöpft und durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz gestärkt wird. Um uns zu informieren, nutzen wir wissenschaftliche, fachpolitische und parlamentarische Quellen, tauschen uns mit anderen Bundesländern, der Bundesebene und Interessenvertretungen aus. In der Berliner SPD gibt es eine Arbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt, die sich innerhalb der Partei für eine gleichberechtigte Teilhabe und Mitbestimmung einsetzt.</p>	<p>Die Religionsfreiheit gehört zu den universellen Menschenrechten. Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung aller ist der CDU ein wichtiges Anliegen. Für Religionsfreiheit setzen wir uns nicht nur in Deutschland, sondern selbstverständlich auch in Berlin mit aller Kraft ein. Allerdings kann es auch im Bereich der Religionsfreiheit zur Notwendigkeit kommen, einen möglichst schonenden Ausgleich zwischen grundrechtlich geschützten Positionen unterschiedlicher Beteiligter zu finden.</p> <p>Zu einer pluralistischen Gesellschaft gehört es auch, kulturelle und religiöse Konflikte friedlich austragen zu können. Staat und Gesellschaft sind daher gefordert, die Voraussetzungen für Integration und ein gutes Miteinander zu schaffen. Im Rahmen der Arbeitssuche sind Diskriminierungen dieser Art durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verboten. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zum Abbau von Berührungspunkten und diskriminierendem Verhalten beitragen.</p> <p>Wir wollen ein friedliches Zusammenleben innerhalb unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nach dem Prinzip des Förderns und Forderns müssen Integrationsverweigerer mit Folgen für ihren Aufenthaltsstatus und ihre Leistungsansprüche rechnen. Wenn religiös oder kulturell übermittelte Traditionen zu einer Missachtung unserer Rechtsordnung führen, werden wir dies nicht akzeptieren. Der Abschottung in Parallelgesellschaften und islamischen Sondergerichten außerhalb unserer Rechtsordnung treten wir entschieden entgegen. Wir erwarten dabei auch von den muslimischen Verbänden ein erkennbares Gegensteuern und rufen die muslimischen Verbände zu einer engen Zusammenarbeit auf.</p>

1. Welchen Stellenwert haben ethnische, kulturelle und religiöse Verschiedenheit für Ihre Partei? Auf welche Weise wollen Sie darauf hinwirken, dass aus solchen Verschiedenheiten nicht soziale Ungleichheit entsteht bzw. fortgeschrieben wird? Verfügen Sie über Plattformen für eine Zusammenarbeit mit den jeweiligen Organisationen?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>DIE LINKE als sozialistische Partei steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Solidarität ist unser Leitmotiv. Unsere Partei in Berlin ist so vielfältig und bunt wie die Stadtgesellschaft. Im Mittelpunkt unserer Politik für uns steht die Frage der sozialen Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe für alle Menschen in dieser Stadt. Wir lassen nicht zu, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden. Wir stehen solidarisch an der Seite geflüchteter Menschen genauso wie an der Seite prekär Beschäftigter, einkommensarmer Menschen oder Wohnungsloser. Eine Stadt der Vielfalt muss ihnen allen ein</p>	<p>Vielfalt ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Basis, aus der sich ein gutes Zusammenleben in einer lebendigen Stadt entwickelt. Wir sind zudem die Partei, die aus Bewegungen und Initiativen hervorgegangen ist und ihrem Politikverständnis nach mit Selbstorganisationen, Emanzipationsbewegungen und Bürgerinitiativen . von Queer über solidarische Ökonomie, alternative Energien-Initiativen, Frauenbewegung bis zu MSO . in engem Austausch steht. Viele unserer Mitglieder kommen aus Bewegungen und Initiativen. Dies geschieht auf allen Ebenen von Stadt, Bezirken und Nachbarschaften. Den Austausch mit den Migrant*innenselbstorganisationen betreiben besonders intensiv unsere</p>	<p>Die Berliner Piraten sehen ethnische, kulturelle und religiöse Unterschiede als Gewinn für die Gesellschaft und unsere pluralistische, multikulturelle Stadt an. Leider gefährden Vorurteile die faire und gleichberechtigte Teilhabe aller und den Abbau von Ungleichheiten untereinander. Die Politik ist ein wichtiger Akteur, um dem entgegen zu wirken. Wir wollen Diskriminierung auf dem Mietmarkt, bei Einstellungen, am Arbeitsmarkt und in anderen Bereichen der Gesellschaft abbauen, indem wir die bestehenden Regelungen fortentwickeln und neue Gesetze - wie das von uns 2015 eingebrachte aber von CDU und SPD abgelehnte - Antidiskriminierungsgesetz verabschieden. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit Organisationen aus diesem Umfeld, die in der Regel über einzelne Akteure erfolgt, wollen wir fortsetzen und intensivieren.</p>

<p>Zuhause, Bildung, Arbeit, Einkommen und gesellschaftliches Miteinander ermöglichen. Unterschiedliche Landesarbeitsgemeinschaften, wie. z.B. die LAG Partizipation und Integration, die LAG Queer, die LAG Antifaschismus oder die LAG Städte- und Wohnungsbaupolitik arbeiten immer wieder . zu unterschiedlichen Themen mit verschiedenen migrantischen Selbstorganisationen sowie Geflüchteter und Unterstützer*innen zusammen.</p>	<p>Berliner Abgeordnetenhausfraktion, die grünen BVV-Fraktionen (über die Bezirksbeiräte und im direkten Austausch) sowie auf der Ebene der Partei unsere Landesarbeitsgemeinschaft Migration. Im Abgeordnetenhaus und in den BVVen benennen die jeweiligen Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sprecher*innen für Partizipation, die diese Zusammenarbeit pflegen und koordinieren. Die Lebensrealitäten von Menschen, die wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihrer sexuellen Identität, ihres Lebensalters, einer Behinderung oder ihres sozialen Status von der Norm abweichen, werden nach wie vor bei politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen nicht ausreichend reflektiert. Deshalb wollen wir eine verbindliche Diversity-Folgenabschätzung für die Berliner Verwaltung, also einen Vielfalts-Check für alle Maßnahmen und Gesetzesinitiativen. Darüber hinaus werden wir zielgruppenspezifische Lösungen weiterentwickeln: Wir unterstützen zum Beispiel Schulen durch Diversity Trainings bei dieser Arbeit. Außerdem richten wir ein Kompetenz und Beratungszentrum für interkulturelle Pädagogik ein, an das sich alle Pädagog*innen und Kollegien wenden können. Die Mittel im Haushalt für das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden wir verdoppeln.</p>	
---	---	--

2. Welche Herangehensweisen hat Ihre Partei entwickelt, die auf die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund (insbesondere ohne deutsche Staatsangehörigkeit) und Menschen of Color allgemein zielen? Welche Schritte wollen Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin und in den Bezirksverordnetenversammlungen zum Abbau von struktureller und institutioneller Ungleichbehandlung unternehmen?

SPD	CDU
<p>Über 20 Prozent der neuen Auszubildenden im öffentlichen Dienst Berlins und den Landesbetrieben haben inzwischen einen Migrationshintergrund. Besonders positiv ist die Entwicklung bei den Betrieben mit Landesbeteiligung, wo 2013 eine Quote von 22,6 Prozent erreicht wurde. Zur Integration gehört die Chance, die deutsche Sprache zu lernen und schließlich zu beherrschen. Wir werden ausreichende Sprachkurse und ausreichende Ressourcen für die nötigen Bildungsabschlüsse aller Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stellen. Wir werden die bestehenden Bildungsangebote erweitern und verbessern, so dass alle die Möglichkeit haben, sie in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Angebote zu schaffen für eine berufsspezifische Sprachförderung während der Ausbildung und beim Start in den Beruf. Ein bedeutender Motor für die Integration ist die berufliche Qualifizierung sowie der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt. Wir unterstützen Maßnahmen, die diesen Zweck erfüllen. Es hat sich gezeigt, dass bei gleichen Qualifikationen ein fremd klingender Name, das Geschlecht oder das Alter oft bereits ein Hindernis sind, um zum Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren, bei dem zunächst nur die berufliche Qualifikation über die Einladung zu Bewerbungsgesprächen entscheidet, führt zu mehr Gerechtigkeit. [3] Zudem unterstützen wir die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle mit dauerhaftem Auf-</p>	<p>Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am öffentlichen Leben ausbauen. Dazu gehört auch die politische Teilhabe, die für unsere Gesellschaft von größter Bedeutung ist. Wir wollen dazu beitragen, dass der Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Öffentlichen Dienst weiter zunimmt. Für eine gelungene Integration ist das Erlernen unserer deutschen Sprache unerlässlich. Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Nur durch gute Deutschkenntnisse ist Teilhabe an allen Lebensbereichen gewährleistet. Deutsch als gemeinsame Sprache schafft Identität und Gemeinschaftsgefühl und stärkt damit den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir fordern daher, dass der Sprachkurs ab dem ersten Tag des Aufenthaltes in Deutschland erfolgen muss. Wir wollen deutsche Sprachkurse und Sprachtests für unterschiedliche Vorkenntnisse anbieten. Das Kompetenzniveau, das Erwachsene für den Start in ein selbstbestimmtes Arbeitsleben mitbringen sollten, sollte mindestens die Stufe B1 (selbständige Sprachverwendung) betragen. Die Finanzierung dafür muss gesichert sein.</p>

<p>enthaltensstatus und Hauptwohnsitz in Berlin lebenden Bürgerinnen und Bürger.</p>	
--	--

2. Welche Herangehensweisen hat Ihre Partei entwickelt, die auf die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund (insbesondere ohne deutsche Staatsangehörigkeit) und Menschen of Color allgemein zielen? Welche Schritte wollen Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin und in den Bezirksverordnetenversammlungen zum Abbau von struktureller und institutioneller Ungleichbehandlung un-ternehmen?

Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>Menschen mit Einwanderungsgeschichte, mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit, sind Mitglieder unserer Partei, sind in den Strukturen verankert und Teil der gewählten Gremien. Wir haben keine besondere Herangehensweise entwickelt Die Anzahl der Mitglieder mit Migrationshintergrund ist je nach Bezirk sehr unterschiedlich und dort wo es eine Vielzahl unterschiedlicher Mitglieder gibt, ist der Einstieg für alle neue Mitglieder . auch für die mit Migrationshintergrund einfacher. Wir wollen in einem ersten Schritt das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG)endlich umsetzen, auch um die interkulturelle Öffnung der Behörden voranzutreiben. Und wir wollen endlich ein Landesantidiskriminierungsgesetz einführen.</p>	<p>Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir den Schutz vor rassistischer Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, wegen einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, der psychischen Verfasstheit, wegen des Lebensalters, der sexuellen Identität und des sozialen Status verbessern. Betroffene sollen sich bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche auf Entschädigung und Schadensersatz durch Verbände vertreten lassen können. Zur Verhinderung struktureller Diskriminierung soll vorab geprüft werden, ob bei neuen Regelungen diskriminierende Auswirkungen zu befürchten sind (siehe Antwort zu Frage 1). Im öffentlichen Dienst des Landes Berlin werden wir anonymisierte Bewerbungsverfahren einführen.</p> <p>Die Kompetenz der Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst im Umgang mit Vielfalt wollen wir stärken und zum Kriterium für Einstellung und Aufstieg machen. Wir schaffen eine starke, unabhängige Antidiskriminierungsstelle mit klaren Aufgaben und Befugnissen und richten in Schulen und bei der Polizei Beschwerdestellen ein.</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten darüber hinaus seit vielen Jahren für ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen ein, die dauerhaft in einem Bezirk wohnen. Ebenso wollen wir die Beteiligung dieser Gruppe, die ihren Lebensmittelpunkt langfristig in Berlin sieht, an Einwohneranträgen und Volksbegehren ermöglichen. Wir wollen die Verfahren zur Einbürgerung vereinfachen und die doppelte Staatsbürgerschaft grundsätzlich ermöglichen. Damit könnte auch endlich der Entschei-</p>	<p>Über 20 Prozent der neuen Auszubildenden im öffentlichen Dienst Berlins und den Landesbetrieben haben inzwischen einen Migrationshintergrund. Besonders positiv ist die Entwicklung bei den Betrieben mit Landesbeteiligung, wo 2013 eine Quote von 22,6 Prozent erreicht wurde. Zur Integration gehört die Chance, die deutsche Sprache zu lernen und schließlich zu beherrschen. Wir werden ausreichende Sprachkurse und ausreichende Ressourcen für die nötigen Bildungsabschlüsse aller Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stellen. Wir werden die bestehenden Bildungsangebote erweitern und verbessern, so dass alle die Möglichkeit haben, sie in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Angebote zu schaffen für eine berufsspezifische Sprachförderung während der Ausbildung und beim Start in den Beruf. Ein bedeutender Motor für die Integration ist die berufliche Qualifizierung sowie der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt. Wir unterstützen Maßnahmen, die diesen Zweck erfüllen. Es hat sich gezeigt, dass bei gleichen Qualifikationen ein fremd klingender Name, das Geschlecht oder das Alter oft bereits ein Hindernis sind, um zum Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren, bei dem zunächst nur die berufliche Qualifikation über die Einladung zu Bewerbungsgesprächen entscheidet, führt zu mehr Gerechtigkeit. [3] Zudem unterstützen wir die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus und Hauptwohnsitz in Berlin lebenden Bürgerinnen</p>

	dungszwang nach dem Erreichen der Volljährigkeit bis zum 23. Lebensjahr für in Berlin geborene Menschen entfallen.	und Bürger.
--	--	-------------

3. Hat Ihre Partei/die Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin ein Konzept für die systematische Zusammenarbeit mit Migrant_innen-Selbstorganisationen und den Organisationen von Menschen of Color entwickelt? Welchen Stellenwert hat dabei die Liste, die beim Integrationsbeauftragten des Senats von Berlin geführt wird?

Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>Wir haben unter Rot-Rot das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG) gemeinsam mit den Migrant*innen-Selbstorganisationen und den Organisationen von Menschen of Color in einem langen Diskussionsprozess erarbeitet. In der Rolle als Oppositionspartei/-fraktion ab 2011 haben wir immer wieder den Dialog mit den Migrant*innen-Selbstorganisationen und den Organisationen von Menschen of Color gesucht. Die Verstärkung dieser Diskussionsprozesse hat je nach Themengebiet mal mehr mal weniger gut funktioniert. Auch in Zukunft suchen wir weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit den Migrant*innen-Selbstorganisationen und den Organisationen von Menschen of Color.</p>	<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN arbeiten bei der Lösung von Problemen in der Stadt mit allen Betroffenen auf Augenhöhe zusammen und wir sind jederzeit offen für die an uns herangetragenen Vorschläge. Migrant*innen und Migrant*innenselbstorganisationen sind die natürlichen Expert*innen für ihre Lebenslagen. Wir halten ihre Brückenfunktion in einer Einwanderungsgesellschaft für unverzichtbar. Dabei kann die Liste des Integrationsbeauftragten nur ein Anhaltspunkt sein, denn es gibt viel mehr Organisationen und wir haben Kritik an den Kriterien, nach denen diese Liste zusammengestellt wird. Die Mitbestimmungsstrukturen und die Kooperation mit den Migrant*innen-Selbstorganisationen sowie mit den Neuen Deutschen Organisationen wollen wir weiterentwickeln. Sie sind längst unverzichtbarer Teil der interkulturellen Öffnung der Regeldienste geworden. Jobcenter, Schulen, Berufsbildung, Kulturarbeit oder die Gemeinschaft in den Kiezen leben von ihren Aktivitäten und Kompetenzen. Darum entwickeln wir eine solide und transparente Fördersystematik, die der Rolle dieser Organisationen gerecht wird.</p>	<p>Die Berliner Piraten arbeiten grundsätzlich mit allen MSOs und Organisationen von POC zusammen, die sich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Die Kontakte werden in einem entsprechenden Lobbyregister systematisch festgehalten. Bei der Auswahl unserer Gesprächspartner_innen orientieren wir uns an der Mitgliederzahl, dem jeweiligen Vertretungsanspruch, bisherigen positiven Erfahrungen der Zusammenarbeit und auch an Listen von Verwaltungen, wie die Liste der Organisationen, die zur Wahl des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen berechtigt sind.</p>

3. Hat Ihre Partei/die Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin ein Konzept für die systematische Zusammenarbeit mit Migrant_innen-Selbstorganisationen und den Organisationen von Menschen of Color entwickelt? Welchen Stellenwert hat dabei die Liste, die beim Integrationsbeauftragten des Senats von Berlin geführt wird?

SPD	CDU
<p>Wir wollen die wichtige Arbeit der Migrantenselbstorganisationen (MSO) und deren Jugendverbände (MJSO) stärken. Das Partizipationsprogramm wollen wir transparent gestalten: Die Kriterien für die Auswahl der geförderten Projekte müssen deshalb in Zusammenarbeit mit MSOs und den Ansprüchen einer vielfältigen und bunten Stadt neu erarbeitet werden.</p>	<p>Die in Berlin bereits beeindruckende Vielfalt und Zahl von Integrationsprojekten und privaten Initiativen wollen wir ermuntern und unterstützen. Das Engagement der Stadtteilmütter und Integrationslotsen, des institutionellen Sports, in Vereinen, Betrieben und Nachbarschaften ist unverzichtbar und für den Staat nicht zu leisten. Finanzielle Unterstützung sollte es nicht wahllos, sondern gezielt geben, wenn ein klarer Kriterienkatalog erfüllt wird.</p> <p>Seit 2013 besteht für Migrantenselbstorganisationen die Möglichkeit, sich um die Finanzierung ihrer Vereinsstrukturen zu bewerben. Der Bund erkennt damit die Leistungen der Migrantenselbstorganisationen an, die über ehrenamtliche Tätigkeiten hinausgehen. Die CDU Berlin unterstützt diesen Weg der Anerkennung und der Zusammenarbeit. Die strukturelle Förderung von Migrantenselbstorganisationen ist sinnvoll und dient der Weiterführung unserer Integrationspolitik, die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie dem Ausbau interkultureller Kompetenzen.</p>

4. Wie stellen Sie sich eine Evaluation des Partizipationsgesetzes (bezogen auf das Land und die Bezirke) vor? Wie beurteilen Sie die bisherige Arbeit des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen?	
SPD	CDU
Wir werden die Erfahrungen, die wir mit der Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes gemacht haben, auswerten und dieses weiterentwickeln. Dabei werden wir die Belange der zweiten und dritten Generation nicht übergehen. Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, wollen wir nicht wiederholen. Die Berliner SPD setzt sich für eine Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes mit dem Ziel der Stärkung der Integrationsausschüsse in den Bezirksverordnetenversammlungen ein. Damit soll klargestellt werden, dass die Integrationsausschüsse die im Partizipations- und Integrationsgesetz genannten Ziele und Grundsätze verfolgen.	Das Partizipations- und Integrationsgesetz verpflichtet den Senat, im Zwei-Jahres-Rhythmus dem Abgeordnetenhaus über die Umsetzung des Gesetzes zu berichten. Die Auswertung dieses Berichtes in den Fraktionen und Ausschüssen ist eine wichtige Grundlage für die Evaluation des Partizipationsgesetzes, aus der sich gegebenenfalls Anpassungsbedarfe ableiten lassen. Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen leistet eine wichtige Arbeit, um die Einflussmöglichkeit in Berlin lebender Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft auf das politische Leben der Stadt zu verbessern. Durch seine umfassende Besetzung, die von den Senatsverwaltungen über die Bezirke bis zu lokalen Vereinen und Verbänden reicht, hat er gute Möglichkeiten, erkannte Partizipationsdefizite anzusprechen und Verbesserungen zu initiieren.

Wie stellen Sie sich eine Evaluation des Partizipationsgesetzes (bezogen auf das Land und die Bezirke) vor? Wie beurteilen Sie die bisherige Arbeit des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
Der rot-schwarze Senat hat das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG) ignoriert. Wir wollen es endlich umsetzen und weiterentwickeln. Kernstück ist die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der öffentlichen Institutionen. Wir möchten, dass mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte im Öffentlichen Dienst arbeiten und die Belange und Anforderungen der Berliner*innen mit ähnlichen Erfahrungen in die Struktur und Arbeitsweise ihrer Institutionen einbringen. Eine Stadt der Vielfalt verlangt vielfältige Behörden, Unternehmen, Einrichtungen auf Landes- und bezirklicher Ebene. DIE LINKE. Berlin möchte die Wahlperiode des Integrationsbeirates auf zwei Jahre oder maximal die Hälfte der Legislaturperiode begrenzen, da eine ehrenamtliche Tätigkeit über einen Zeitraum von fünf Jahren für viele nicht durchhaltbar ist und eine unnötige Hürde darstellt. Das Vorschlagsrecht des Integrationsbeirates bei der Ernennung des/der Integrationsbeauftragten muss verbindlicher gestaltet werden. DIE LINKE. Berlin befürwortet, dass der/die Integrationsbeauftragte eine weisungsunabhängige Stellung erhält.	Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Integrations- und Partizipationsgesetzes wollen wir das Gesetz evaluieren und auf seine Wirksamkeit überprüfen. Klar ist, dass es Nachbesserungsbedarf gibt: Unter anderem sollte der Migrationshintergrund erfasst, bei der interkulturellen Öffnung der Unternehmen mit Landesbeteiligung nachgebessert, interkulturelle Kompetenz sowie die Durchsetzung gleichberechtigter Teilhabe gefördert werden. Teilhabe ohne Abbau von institutioneller Diskriminierung ist kaum möglich. Die Abschaffung des unabhängigen Integrationsbeauftragten werden wir rückgängig machen. Der im Gesetz festgeschriebene Beirat soll künftig endlich aktiv in Politik eingebunden werden. Verwaltungen müssen sich daran messen lassen, wie es ihnen gelingt, die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung auch in ihrer Personalstruktur abzubilden. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass nicht nur die bloße Zahl der Mitarbeitenden mit Migrationsgeschichte oder der People of Color betrachtet wird, sondern auch inwieweit dieser Gruppe der Aufstieg innerhalb der Verwaltung gelingt. Wir werden uns daher dafür einsetzen, das Projekt zur verbindlichen anonymisierten Erhebung des Migrationshintergrundes im Öffentlichen Dienst des Landes Berlin und in den Unternehmen mit Landesbeteiligung umzusetzen, welches bereits vor fünf Jahren in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Datenschutzbeauftragten Dr. Dix entwickelt wurde. Teil der Evaluation soll auch sein nachzuweisen, dass interkulturelle Kompetenz verbindlicher Bestandteil jedes Einstellungs- oder Beförde-	Eine Evaluation des Partizipationsgesetzes auf unabhängiger Grundlage befürworten wir. Allerdings lassen sich aus dem Umgang des Senats mit dem Gesetz und den zweijährlichen Berichten schon eine Menge ableiten. Vor allem der Umgang mit dem Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen und dessen nicht ausreichender Einbindung bei der Auswahl der Integrationsbeauftragten ist zu kritisieren. Dieser müsste gestärkt und mit einer eigenen Geschäftsstelle und einem angemessenen Budget ausgestattet werden

	<p>rungsfahrens ist. Dazu muss das Angebot von Fortbildungen deutlich ausgebaut werden und die Teilnahme allen Mitarbeitenden ermöglicht und empfohlen werden. Weiterhin ist zu überprüfen, wie ein Beschwerdemanagement gegen Diskriminierung gestaltet wird. Berlin hat sich mit seinem Partizipationsgesetz auf einen richtigen Weg gemacht. Allerdings muss das Tempo der Umsetzung dringend beschleunigt werden. Die Verbindlichkeit von Partizipation und Nichtdiskriminierung muss erhöht werden. Unter dieser mangelnden Verbindlichkeit leidet auch die Arbeit des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen bisher.</p>	
--	--	--

5. Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund/of Color bewerben sich für Ihre Partei um ein Mandat im Abgeordnetenhaus von Berlin und in den Bezirksverordnetenversammlungen? Wie viel Prozent der Kandidat_innen sind dies jeweils?	
SPD	CDU
Wir wollen keine Ausgrenzung von Menschen, sei es aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder Identität, ihrer Behinderung oder ihrer Religion. Wir verzichten deshalb bewusst auf die Erhebung dieser Merkmale bei unseren Kandidatinnen und Kandidaten sowohl für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus als auch für die Bezirksverordnetenversammlungen.	Nach Artikel 3 Grundgesetz heißt es „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Deshalb verzichtet die CDU Berlin bewusst auf die Erhebung dieser Merkmale, sodass diese Frage nicht beantwortet werden kann.

5. Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund/of Color bewerben sich für Ihre Partei um ein Mandat im Abgeordnetenhaus von Berlin und in den Bezirksverordnetenversammlungen? Wie viel Prozent der Kandidat_innen sind dies jeweils?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
Wir erfassen den Migrationshintergrund bei unseren Kandidat*innen nicht und können dazu keine Angaben machen. Für ein Mandat im Abgeordnetenhaus ist die deutsche Staatsangehörigkeit die Voraussetzung, für ein Mandat in der Bezirksverordnetenversammlung nicht.	Wir erheben als Partei keine Daten über den Migrationshintergrund unserer Mitglieder oder Kandidat*innen. Eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung zum Migrationshintergrund der Ratsmitglieder in deutschen Großstädten zeigt, dass wir Berliner Grünen mit aktuell über 20 Prozent den höchsten Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund aller Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus haben. Allerdings genügt uns das nicht, denn dieser Anteil liegt immer noch unter dem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Berliner Gesamtbevölkerung. Deshalb haben wir eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die gezielt Konzepte entwickelt, wie wir Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen of Color für eine Mitarbeit in unserer Partei gewinnen können.	Die Berliner Piraten haben zahlreiche Kandidat_innen mit Migrationshintergrund auf ihren Bewerbungslisten. Die genaue Prozentzahl wird jedoch nicht erfasst.

6. Welche konkreten Maßnahmen sind in Ihrer Partei geplant, um in den kommenden Jahren den Betreuungsumfang und das Betreuungsangebot in Kindertagesstätten zu verbessern?	
SPD	CDU
Die Berliner SPD setzt in der Kinderbetreuung auf den Dreiklang aus Kita-Ausbau, Qualitätsverbesserung und Gebührenfreiheit. Bildung bleibt in Berlin gebührenfrei: von der Kita bis zur Hochschule. Dafür haben wir lange gekämpft. Gute Rahmenbedingungen erfordern aber auch, dass sich jede Erzieherin und jeder Erzieher	Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns ein wichtiges Anliegen. Um Familie und Beruf vereinbaren zu können, benötigen Eltern ausgezeichnete Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Gerade die vielen alleinerziehenden Mütter und Väter in unserer Stadt profitieren davon. Seit 2011 ist es uns gelungen, mehr als

um jedes Kind altersangemessen kümmern kann. Jedes einzelne Kind soll frühzeitig und wirkungsvoll gefördert werden. Deshalb werden wir den Betreuungsschlüssel bei den unter Dreijährigen schrittweise auf den Bundesdurchschnitt verbessern. Auch hier sollen Kinder aus sozial benachteiligten Gebieten besonders gefördert werden. Die Kitaleitung hat eine Schlüsselrolle für die Qualitätsentwicklung. Deswegen werden wir den Leitungsschlüssel stufenweise auf 1:80 verbessern. Wir wollen, dass jedes Kind, gleich welcher Hautfarbe, Herkunft oder Beeinträchtigung gleiche Chancen und individuelle Förderung erhält. Um dies zu befördern werden wir den kindbezogenen Zuschlag für das Kriterium nicht-deutsche Herkunftssprache auf eine neue Grundlage stellen und tatsächlich pro Kind zahlen.

20.000 neue Kitaplätze zu schaffen. Aufgrund der wachsenden Anzahl an Kindern in Berlin und der wachsenden Inanspruchnahme von Kindergartenplätzen durch junge Familien muss der Ausbau der Kitaplätze weiterhin Priorität haben, damit Berlin über eine ausreichende Anzahl an Kindergartenplätzen verfügt. Die CDU Berlin weist schon seit langem darauf hin, dass die Qualität der Betreuung maßgeblich von der Anzahl der eingesetzten Erzieherinnen und Erzieher in den Kitagruppen, dem sogenannten Betreuungsschlüssel, abhängt. Dieser muss weiter verbessert werden!

Wir haben erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Berliner Kitas erreicht: Für das Jahr 2016 sind allein für mehr Personal in diesem Bereich 23 Millionen Euro im Berliner Haushalt vorgesehen; für das Jahr 2017 wird das Land Berlin dafür sogar 52 Millionen Euro zusätzlich ausgeben. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Hierzu haben wir als erste Voraussetzung in diesem Jahr die gesetzlichen Grundlagen durch die notwendigen Änderungen in den §§ 11 Abs. 2 und 28 KitaFÖG geschaffen. So ist dort vorgesehen, den sogenannten Betreuungsschlüssel in Stufen bis zum 1.8.2019 bei Kindern vor Vollendung des zweiten Lebensjahres auf 3,75 Kinder bei Ganztagsförderung und bei Kindern nach Vollendung des zweiten Lebensjahres und vor Vollendung des dritten Lebensjahres auf 4,75 Kinder bei Ganztagsförderung zu verbessern. Dies ist keine geringfügige, sondern eine ganz wesentliche Verbesserung, die in diesem Jahr erreicht werden konnte. Dieser Weg muss im Sinne einer familien- und kinderfreundlichen Stadt konsequent weiter beschritten werden!

Wir wollen die Kita-Betreuungsmöglichkeiten weiter verbessern. In Berlin gibt es viele alleinerziehende Mütter und Väter und immer mehr Menschen arbeiten auch in den Abendstunden oder sogar nachts. Daher brauchen wir deutlich flexiblere Betreuungsangebote. In Ergänzung zum Kita-Angebot wollen wir im Sinne der Wahlfreiheit auch neue Betreuungsmöglichkeiten schaffen. So wollen wir das Modell der Tagesgroßmütter als eine familiennahe Form der Beaufsichtigung stärken, die Einführung von 24-Stunden-Kitas prüfen und die Kindertagespflege in Berlin bedarfsgerecht unterstützen.

Gute Kinderbetreuung steht auch in einer Großstadt wie Berlin immer auf mehreren Standbeinen. Neben dem Elternhaus und den Kitas wollen wir auch die Betriebe stärker in den Blick nehmen. Unternehmen benötigen Anreize, eigene Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, denn so können die Betreuungszeiten der Kinder und die Arbeitszeiten der Eltern perfekt aufeinander abgestimmt werden - davon profitieren nicht nur die Familien, sondern auch die Arbeitgeber. Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, steuerliche Anreize für die Einrichtung von Betriebskitas in Berlin zu schaffen. Wir wollen aber auch die Arbeitgeber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Bei Nutzung längerer Kita-Öffnungszeiten, die mit höheren Betreuungskosten für die Eltern verbunden sein können, sollte geprüft werden, inwiefern sich die Arbeitgeber an diesen Kosten beteiligen.

6. Welche konkreten Maßnahmen sind in Ihrer Partei geplant, um in den kommenden Jahren den Betreuungsumfang und das Betreuungsangebot in Kindertagesstätten zu verbessern?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
Die vorschulische Förderung ist auch künftig eines der Schwerpunktthemen der Berliner LINKEN. Berlin wächst und damit der Bedarf an Kitaplätzen. War die Kita früher vor allem akzeptiert als Angebot zur Herstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so ist sie heute	In Berlin gibt es nach wie vor zu wenig Lehrer*innen und Erzieher*innen mit Migrationshintergrund, so dass es Kindern oft an Vorbildern fehlt. Zudem mangelt es neben Sprachangeboten für Türkisch, Arabisch und Kurdisch auch an solchen für osteuropäische Sprachen.	Die Berliner Piraten setzen sich dafür ein, dass die gesetzliche Fachkraft-Kind-Relation in Kindertageseinrichtungen bei Kindern unter drei Jahren dahingehend verbessert wird, dass eine Fachkraft für höchstens drei Kinder zuständig ist und der gesetzliche Betreuungsschlüssel

<p>als Bildungseinrichtung anerkannt. DIE LINKE. Berlin unterstützt die Bemühungen des Senats, den Kitausbau voranzubringen, um jedem Kind einen guten Kitaplatz zur Verfügung zu stellen. Doch wir kritisieren, dass der Senat es bisher versäumt hat, auch in die Kitaqualität zu investieren. Denn da ist Berlin gerade bei den Jüngsten bundesweit Schlusslicht. Nur auf massiven Druck des Berliner Kitabündnisses und der Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus waren SPD und CDU Ende 2015 endlich zu einem Kurswechsel bereit. Doch aus Sicht der LINKEN mit der falschen Prioritätensetzung. Während die Beitragsfreiheit auch für die Kinder unter drei Jahren bereits 2018 komplett umgesetzt sein soll, soll Berlin in der Personalausstattung erst 2019 den gegenwärtigen Bundesdurchschnitt erreichen. DIE LINKE. Berlin hat für die Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Förderung in der zu Ende gehenden Wahlperiode ein ganzes Bündel von Vorschlägen unterbreitet. An diesen halten wir weiter fest. Das sind einige unserer LINKEN Projekte: siehe Anahng</p>	<p>Daher bauen wir das Angebot an zweisprachiger Erziehung und Bildung konsequent aus. Das neue Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung öffnen wir interkulturell und werben in diesem Rahmen insbesondere dafür, dass sich mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund für pädagogische Berufe entscheiden. Mit den Berliner Hochschulen vereinbaren wir konkrete Nachqualifizierungsmodule, um Menschen, deren ausländischer Bildungsabschluss hier nicht voll anerkannt wird, einen Weg ins Lehramt zu ermöglichen. Und wir unterstützen eingewanderte Erzieher*innen dabei, in der Bundesrepublik eine staatliche Anerkennung zu bekommen.</p>	<p>für ältere Kinder, sowie bei Teilzeit- und Halbtagsbetreuung in entsprechender Staffelung ebenfalls abgesenkt wird. Zur Gewährleistung der finanziellen, personellen und fachlichen Rahmenbedingungen für einzuhaltende Qualitätsstandards müssen die Zuweisungen für Träger der Tageseinrichtungen und Kindertagespflege deutlich erhöht werden. Kita-Leitungen werden im Umfang einer Vollzeitstelle ab einer Anzahl von 80 Plätzen in der Kindertageseinrichtung von der Betreuung der Kinder freigestellt. Die Ausbildungszeiten für Auszubildende, Neueinsteiger in der Probezeit und Praktikanten werden pro Betreuungskraft mit 8 Stunden pro Monat anerkannt. Die PIRATEN Berlin fordern die Gehälter des sozialpädagogischen Fachpersonals mindestens auf das Gehaltsniveau anderer Bundesländer anzuheben.</p>
--	---	---

7. Was wird Ihre Partei dazu beitragen, dass der Anteil von Lehrer_innen of Color und/oder Migrationshintergrund erhöht wird?	
SPD	CDU
<p>Erfreulicherweise haben sich die Bildungs- und Ausbildungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund kontinuierlich verbessert. Das Bildungsniveau der Bürger mit Migrationshintergrund steigt, der Akademikeranteil bei Neuankömmlingen ist sogar höher als bei gebürtigen Deutschen. Auch der Status von Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich. Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei, der Feuerwehr oder im Schuldienst werden mehr und mehr zur Normalität.</p>	<p>Wir werben dafür, dass sich mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst, insbesondere als Lehrerinnen und Lehrer, als Polizistinnen und Polizisten oder in der Justiz entscheiden. Wir sind davon überzeugt, dass die zusätzlichen Kompetenzen, die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte einbringen, ein Gewinn für unsere Gesellschaft sind.</p> <p>Wir begrüßen und unterstützen es ausdrücklich, dass der Öffentliche Dienst in Berlin Vorreiter bei der Ausbildung und Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund ist. Darüber hinausgehende Zielgrößenregelungen bedarf es unseres Erachtens nicht.</p>

7. Was wird Ihre Partei dazu beitragen, dass der Anteil von Lehrer_innen of Color und/oder Migrationshintergrund erhöht wird?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>Um den Anteil von Lehrer*innen of Color und / oder mit Migrationshintergrund zu erhöhen, müssen zu einem Kind und Jugendliche bereits in der Schule ermutigt und unterstützt werden, einen pädagogischen Beruf (auch als Sozialpädagog*innen und Erzieher*innen) zu ergreifen und dabei gefördert werden, die erforderlichen schulischen Voraussetzungen zu erwerben. Gleiches gilt dann auch für Lehramt-Studierende mit Migrationshintergrund. Hier wäre zu diskutieren, ob die Erhöhung der Zahl der Absolventen mit Migrationshintergrund von Lehramtsstudiengängen auch ein Kriterium im Rahmen der leistungsorientierten Finanzierung der Universitäten werden sollte. Des Weiteren sollen für neu zugewanderte Menschen mit Migrationshintergrund, darunter Geflüchtete, die bereits eine pädagogische Qualifikation und berufliche Erfahrungen mitbringen, neue Wege erschlossen werden. für eine</p>	<p>In Berlin gibt es nach wie vor zu wenig Lehrer*innen und Erzieher*innen mit Migrationshintergrund, so dass es Kindern oft an Vorbildern fehlt. Zudem mangelt es neben Sprachangeboten für Türkisch, Arabisch und Kurdisch auch an solchen für osteuropäische Sprachen. Daher bauen wir das Angebot an zweisprachiger Erziehung und Bildung konsequent aus. Das neue Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung öffnen wir interkulturell und werben in diesem Rahmen insbesondere dafür, dass sich mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund für pädagogische Berufe entscheiden. Mit den Berliner Hochschulen vereinbaren wir konkrete Nachqualifizierungsmodule, um Menschen, deren ausländischer Bildungsabschluss hier nicht voll anerkannt wird, einen Weg ins Lehramt zu ermöglichen. Und wir unterstützen eingewanderte Erzieher*innen dabei, in der Bundesrepublik</p>	<p>Die Erhöhung des Anteils von Lehrer_innen of Color und/oder Migrationshintergrund unterstützen wir. Dies kann erreicht werden durch die Motivation, sich zu bewerben und die Verbesserung des Arbeitsumfelds zum Beispiel durch Sensibilisierungsmaßnahmen und Anhebung der Gehälter. Außerdem müssen anonymisierte Bewerbungsverfahren eingeführt werden und die Chancen für Bewerber_innen of Color und/oder Migrationshintergrund durch Schulungs- und Vorbereitungsmaßnahmen verbessert werden.</p>

<p>schnellere, auch niederschwelligere und kostengünstigere Bewertung und Anerkennung ihrer Abschlüsse und für die Bereitstellung von Qualifizierungsangeboten zur Herstellung der Gleichwertigkeit der mitgebrachten Abschlüsse mit den hier die Einstellung in den Schuldienst erforderlichen Abschlüssen. Anonymisierte Bewerbungen können zudem ein Weg sein, Chancengleichheit im Bewerbungsverfahren zu verbessern.</p>	<p>eine staatliche Anerkennung zu bekommen.</p>	
---	---	--

8. Wie wird Ihre Partei in den kommenden Jahren mit der Unterbringung in Sammelunterkünften (Lagern) umgehen?	
SPD	CDU
<p>Die Unterbringung von Geflüchteten in Sammelunterkünften stellt eine Ausnahme dar, um eine unmittelbare Obdachlosigkeit der zu uns geflüchteten Menschen zu verhindern. Für die schnelle Integration der Menschen sind dezentrale Wohnmöglichkeiten der beste Weg neben einer sozialen Infrastruktur von Schul- und Kitaplätzen. Der Senat hat im Mai 2016 ein umfangreiches Konzept (Masterplan) zur Integration und Sicherheit vorgelegt, in dem es wesentlich um das Wohnen von Flüchtlingen geht. Darin heißt [5] es u. a.: „Um erfolgreiche Integration sicherzustellen, sollen in der Planungsphase 11 der jeweiligen Unterbringungseinrichtungen vorhandene Bedürfnisse der Wohnbevölkerung am Standort einbezogen werden. Dieses Vorgehen erhöht die Akzeptanz in 14 der N3Nachbarschaft für eine Aufnahme von Geflüchteten. Der Aufenthalt in einer Aufnahmeeinrichtung nach § 47 Asylgesetz (AsylG) soll möglichst bereits vor Ablauf der gesetzlichen Höchstdauer von sechs Monaten zu Gunsten der Vermittlung in eine Mietwohnung oder . sofern dies nicht möglich sein sollte . der Folgeunterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft nach § 53 AsylG, welche 22 die Qualitätsanforderungen des LAGeSo erfüllt, beendet werden.“</p>	<p>Nachdem in den ersten Monaten die Notunterbringung zur Vermeidung von Obdachlosigkeit im Vordergrund stand, kommt es nun auf die Schaffung geeigneter Unterkünfte für langfristige Unterbringung der in Berlin bleibenden Geflüchteten an. Wir wollen, dass es so schnell wie möglich ein Ende der Notunterkünfte und belegten Turnhallen gibt. Dafür müssen die geplanten Container- und Modulbauten für Flüchtlinge zügig gebaut werden. Dabei ist es für uns wichtig, dass die nunmehr geplanten Unterkünfte (Modularbauten/ MUF) stärker in normaler Wohnform gebaut werden und weniger als Gemeinschaftsunterkunft.</p>

8. Wie wird Ihre Partei in den kommenden Jahren mit der Unterbringung in Sammelunterkünften (Lagern) umgehen?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>Wir streiten für eine schnelle dezentrale Unterbringung in Wohnungen. Not- und Massenunterkünfte müssen schnellst möglich geschlossen werden. Die Gemeinschaftsunterkünfte müssen Mindeststandards entsprechen und regelmäßig kontrolliert werden. Wir setzen uns für bezahlbare Wohnungen für alle Menschen ein und lassen nicht zu, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen, dass leerstehende Immobilien für Wohnungen für Flüchtlinge und andere einkommensarme Bevölkerungsgruppen umgebaut werden. Wir setzen uns für integrative Wohnprojekte ein . wie z.B. für das Haus der Statistik vorgeschlagen. Dabei sind die Rahmenbedingungen für gemeinnützige Träger zu verbessern, damit auch sie sich an der Bereitstellung von Wohnraum beteiligen können. Die Vereinbarung mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, muss ausgeweitet werden. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, dass weitere Wohnungsunter-</p>	<p>Große Sammelunterkünfte können für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur eine kurzfristige Übergangslösung sein. Wir streben an, dass alle Geflüchtete möglichst schnell in eigene Wohnungen ziehen können. Um die Umnutzung bestehender Gebäude zu erleichtern, schaffen wir die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass auch in Berlin leerstehende Gewerbeimmobilien für die Unterbringung von Geflüchteten beschlagnahmt und umgebaut werden können. Wegen des angespannten Wohnungsmarktes werden wir allerdings auch neue Quartiere bauen müssen. Entscheidend ist für uns, dass gemischte Quartiere entstehen, wo neben geflüchteten Menschen auch andere Menschen wohnen, die auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind, beispielsweise Student*innen. Bei diesen Wohnanlagen müssen Mindeststandards eingehalten werden: Familien sollten in eigenen Wohnungen untergebracht werden, Alleinreisende in kleinen Wohngemeinschaften, in denen jede*r ein eigenes Zimmer hat. Das Wohnumfeld ist kinderfreundlich zu gestalten. Es ist darauf zu achten, dass die Bewohner*innen</p>	<p>Die Berliner Piraten fordern die Abschaffung von Sammelunterkünften, die von ihren Bewohner_innen auch oft als Lager bezeichnet werden und die Unterstützung aller Menschen bei der Suche nach eigenen Wohnungen. Dazu fordern wir eine Wohnungsneubauoffensive, den Abbau von hinderlicher Bürokratie, der Vermieter_innen zu oft daran hindert eine Wohnung an Menschen im Asylverfahren zu vermieten und eine deutliche Ausweitung der Kontingente, die die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften für die betroffenen Gruppen bereit stellen. Aktuell sind dies nur 275 pro Jahr.</p>

<p>nehmen für die Vereinbarung gewonnen werden. Wir wollen, dass leerstehender Wohnraum und die vielen tausend Ferienwohnungen für die dauerhafte und vorübergehende Unterbringung jetzt für Flüchtlinge und Menschen in Wohnungsnot bereitgestellt werden. Der Senat ist gefordert, mit den Eigentümer*innen in Verhandlungen zu treten.</p>	<p>umgehend Zugang zur sozialen Infrastruktur der Umgebung erhalten, die bedarfsgerecht auszubauen ist, um Konkurrenzen mit der bereits vorhandenen Wohnbevölkerung von vornherein zu vermeiden.</p>	
---	--	--

9. Wie steht Ihre Partei zu Wohnsitzauflagen?	
SPD	CDU
<p>Die Residenzpflicht wurde zu Beginn dieser Wahlperiode ganz wesentlich gelockert. Sie bezieht sich nicht mehr auf einen Landkreis, sondern gleich auf ein ganzes Bundesland. Die Bundesländer können untereinander Abkommen treffen, die es den Betroffenen erlaubt, ohne weiteres erlaubt, das jeweils andere Bundesland zu besuchen. (Zwischen Berlin und Brandenburg gibt es dazu Vereinbarungen.) Das war eine der Errungenschaften der SPD-Seite in der Großen Koalition auf Bundesebene. Wir werden daran nichts ändern. Die Wohnsitzauflagen sind seit dem 6. August 2016 mit dem Integrationsgesetz geregelt worden. Damit soll der massenhafte Zuzug in Ballungsgebiete verhindert werden. Das Gesetz erlaubt es den Ländern, auch für anerkannte Flüchtlinge Regeln zur N3Wohnsitzwahl zu erlassen, wie sie bislang nur für Asylsuchende im Verfahren gelten. Den Ländern soll dabei freigestellt werden, ob sie konkrete Wohnorte vorschreiben oder umgekehrt den Umzug in bestimmte Städte oder Regionen verbieten. Die Regelung soll auf drei Jahre befristet werden und nicht für Flüchtlinge gelten, die andernorts einen Job, Ausbildungs- oder Studienplatz haben.</p>	<p>Es steht zu erwarten, dass in Deutschland anerkannte Flüchtlinge ihre freie Wohnsitzwahl für einen Umzug in große Städte wie Berlin nutzen. Einen dadurch verursachten zusätzlichen Zuzug würde die Integrationskraft Berlins endgültig übersteigen. Wir setzen uns daher für ein neues System ein, nach dem Flüchtlinge solange Unterstützung nur am Ort ihrer Anerkennung bekommen, solange sie nicht für sich und ihre Familienangehörigen selbst sorgen können. Das entlastet die Berliner Bezirke erheblich.</p>

9. Wie steht Ihre Partei zu Wohnsitzauflagen?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>DIE LINKE. Berlin lehnt Wohnsitzauflagen ab. Mehrere Bundesländer . Berlin voran -- versuchten 1975 vergeblich mit Zuzugssperren für bestimmte Stadtgebiete ein, um den weiteren Zuzug von Ausländer*innen in Gebiete mit einem hohen Ausländeranteil zu verhindern. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass Zuzugssperren nicht integrationsfördernd sind. Diese Maßnahme war integrationspolitisch unsinnig, ungerecht und produzierte einen riesigen Verwaltungsaufwand. Das Integrationsgesetz sieht erstmals eine verpflichtende, dreijährige Wohnsitzregelung für anerkannte Flüchtlinge vor (§12a AufenthG). Die Bundesländer haben weitreichende Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Wohnsitzauflagen. DIE LINKE. Berlin lehnt solche Maßnahmen ab. Wir wollen Menschen nicht vorschreiben, wo und wie sie wohnen und leben möchten. Wir werden uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Residenzpflicht und der Wohnsitzauflage einsetzen.</p>	<p>Wohnsitzauflagen lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich ab. Sie verhindern Integration, denn Menschen gehen dorthin, wo Arbeit ist, und das sollen sie auch können.</p>	<p>Wohnsitzauflagen lehnen wir ab. Wir stehen ohne Einschränkungen zur Bewegungs- und Reisefreiheit und zur freien Wohnsitzwahl für allem Menschen.</p>

10. Wie wird Ihre Partei in Zukunft mit dem Neutralitätsgesetz auch in Bezug auf Einstellung von Beamt_innen im öffentlichen Dienst umgehen?	
SPD	CDU
<p>Die Vielfalt von Religionen und Weltanschauungen macht Berlin als tolerante Stadt lebenswert. Gleichzeitig muss es einen neutralen Rahmen für das Zusammenleben in einer multiethnischen und multireligiösen Stadt geben. Das Berliner Neutralitätsgesetz bietet einen solchen Rahmen, indem es Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Polizistinnen und Polizisten sowie Lehrkräften das Tragen religiöser und weltanschaulicher Symbole bei hoheitlichen Aufgaben untersagt. Der Staat ist so in der Lage, zwischen den verschiedenen Interessen und Konflikten zu vermitteln. [6] Die religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates ist eine Errungenschaft unserer Demokratie. Die Berliner SPD wird den neutralen Staat als hohes Gut gegenüber der individuellen Interpretation von Glaube und Religion schützen.</p>	<p>Als CDU bekennen wir uns dazu, dass wir religiöses Leben in Berlin fördern wollen. Wir stehen für einen konfessionellen Religionsunterricht, der wichtige Werte unserer Gesellschaft vermittelt. Dennoch ist es richtig, dass der Staat auch nach außen hin sichtbar und erkennbar weltanschaulich und religiös neutral auftritt. Dieses äußert sich eben nicht nur durch Schrift und Bild, sondern auch durch Kleidungs- und Schmuckgegenstände der Bediensteten.</p> <p>Es kommt darauf an, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern, die den Vertretern des Staates gegenüber treten nicht einmal der Anschein entsteht, die Vertreter des Staates handeln nach anderen Kriterien als nach geltendem Recht.</p> <p>Der Berliner Senat hat im Oktober 2015 das Berliner Neutralitätsgesetz bestätigt. Das Berliner Neutralitätsgesetz behandelt alle Bediensteten des Landes Berlin ungeachtet etwaiger Glaubens- und Weltanschauungen gleich und wahrt die Neutralität des Staates . in der Schule, in der Justiz, der Polizei oder in jedem anderen hoheitlichen Bereich.</p>

10. Wie wird Ihre Partei in Zukunft mit dem Neutralitätsgesetz auch in Bezug auf Einstellung von Beamt_innen im öffentlichen Dienst umgehen?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>Kopftuchtragende Muslime sind, zusätzlich zur geschlechterbedingten Benachteiligung, rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist das Neutralitätsgesetz zu überprüfen. DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, aus dem Gesetz entstehende Diskriminierungen kopftuchtragender muslimischer Frauen abzuschaffen. Konflikte, die aus der Wahrnehmung der Glaubens- und Gewissensfreiheit resultieren, muss mit anderen Maßnahmen begegnet werden.</p>	<p>Wir unterstützen die Forderung, das Neutralitätsgesetz aufzuheben, soweit es den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes widerspricht. Wir halten das grundsätzliche Verbot aller religiösen Kennzeichen im Öffentlichen Dienst für falsch, treten aber auch weiterhin für ein Mäßigungsgebot im öffentlichen Dienst ein. Ein öffentliches Zeigen der eigenen Überzeugung sollte solange nicht behindert werden, wie damit keine Missionierung oder die Abwertung anderer Bekenntnisse oder weltanschaulicher Ausdrucksformen verbunden wird.</p>	<p>Das Verfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass das Berliner Neutralitätsgesetz den Ansprüchen einer multikulturellen, multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft nicht gerecht wird. Es muss in der Form überarbeitet werden, dass Beamt_innen im öffentlichen Dienst nicht weiter an ihrer Religionsausübung gehindert werden und dies auch bei Einstellungen berücksichtigt wird.</p>

11. Wie sieht Ihre Partei die Problemlage der Duldung und mit welchen Maßnahmen wollen Sie Kettenduldungen und illegale Arbeitsverhältnisse vermeiden? Würde nicht ein sofortiger Arbeitsmarktzugang für alle, unabhängig vom Aufenthaltstitel, unabhängig von der Aufenthaltsdauer, der Staatsangehörigkeit und der «sicheren Herkunftsstaaten»-Regelungen illegale Arbeitsverhältnisse und die Steuerhinterziehung vermeiden und damit die Sozialkassen schonen?

SPD	CDU
<p>Die Berliner SPD ist der Ansicht, dass auch die sog. Maghreb Staaten Marokko, Algerien und Tunesien momentan keine «sicheren Herkunftsstaaten» darstellen. Wir fordern daher kurzfristig, dass die Anerkennung von Verfolgungen auf Grund von Geschlecht, politischen Überzeugungen, religiösen Ansichten, der individuell gewollten Lebensweise sowie sexueller Orientierungen nicht abgelehnt werden darf, weil die Verfolgung in einem sog. «sicheren Herkunftsland» erfolgte. Für Asylbewerberinnen und . bewerber wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt durch die dreijährige Aussetzung der Vorrangprüfung vor kurzem erheblich erleichtert. Damit wird eine Vereinbarung aus dem Integrationsgesetz umgesetzt. Bisher durften Asylbewerber, über deren Antrag noch nicht entschieden wurde und geduldete Flüchtlinge ein Jobangebot nur dann annehmen, wenn die Arbeitsagentur bescheinigt, dass kein einheimischer Arbeitsuchender Vorrang hat. Wir begrüßen diesen Schritt.</p>	

11. Wie sieht Ihre Partei die Problemlage der Duldung und mit welchen Maßnahmen wollen Sie Kettenduldungen und illegale Arbeitsverhältnisse vermeiden? Würde nicht ein sofortiger Arbeitsmarktzugang für alle, unabhängig vom Aufenthaltstitel, unabhängig von der Aufenthaltsdauer, der Staatsangehörigkeit und der «sicheren Herkunftsstaaten»-Regelungen illegale Arbeitsverhältnisse und die Steuerhinterziehung vermeiden und damit die Sozialkassen schonen?

Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>Ja, ein sofortiger Arbeitsmarktzugang für alle, wäre die beste Lösung und sie würde dazu beitragen, das Dequalifizierung vermieden würden könnte. Seit Juli 2011 gibt es eine Bleiberechtsregelung für «gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende» (§ 25 a Aufenthaltsgesetz . AufenthG). Zum 1. August 2015 wurde zudem mit § 25b AufenthG erstmalig ein alters- und stichtagsunabhängiges Bleiberecht in Deutschland eingeführt. Wir wollen eine großzügige Auslegung des Aufenthaltsrechts nach §§ 25a, 25b und 25 Abs. 5 AufenthG in Verbindung mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu Gunsten der Betroffenen auf Landesebene, um langjährig Geduldeten endlich eine Aufenthaltsperspektive und somit soziale und ökonomische Teilhabe an der Gesellschaft zu geben. Denn bislang macht die Ausländerbehörde Berlin von der Möglichkeit der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen auf diesen Rechtsgrundlagen zu wenig Gebrauch. Viele Neuzugewanderte suchen, ebenso wie die Geflüchteten, muttersprachliche Sozialberatung, ebenso wie arbeitsrechtliche und aufenthaltsrechtliche Beratung. Oftmals benötigen sie auch bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Berlin hat zwar ein gut ausgebautes Netz von Beratungsstellen, allerdings werden die Anforderungen an sie immer größer und vielschichtiger. Deshalb sind, neben einer besseren Vernetzung auch eine bessere Ausstattung notwendig, nur so kann der umfassende Beratungsbedarf abgedeckt werden.</p>	<p>Wir werden uns für eine großzügige Bleiberechtsregelung und ein Ende der Kettenduldungen im Bund einsetzen und die im Landesrecht bestehenden Spielräume in diesem Sinne nutzen. Angesichts eines Fachkräftebedarfs von circa 300.000 Menschen pro Jahr, der derzeit in Deutschland nicht abgedeckt wird, wollen wir Barrieren beim Zugang zum Arbeitsmarkt wie z.B. Arbeitsverbote und Vorrangregelung beseitigen, was allerdings nur mit einer entsprechenden Mehrheit im Bund möglich sein wird.</p>	<p>Wir fordern den sofortigen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang für alle Menschen die neu nach Deutschland kommen. Die rein politisch motivierte Einstufung von Staaten als «sicheren Herkunftsstaaten» und die damit einhergehende Einschränkung des Rechts auf individuellen Asylanspruch lehnen wir ab. Duldungen sind eine widersprüchliche Art, Menschen, die nicht abgeschoben werden können, die vollen Rechte zu verweigern und sind dadurch rechtsstaatlich zu hinterfragen. Unsere Lösung lautet, im Rahmen einer Legalisierungsoffensive allen Menschen, die ausreichend Zeit in Deutschland verbracht haben, unbefristete und uneingeschränkte Aufenthaltserlaubnis zu gewähren. Dies würde den Behörden auch viel Arbeit und Papierkram ersparen.</p>

12. Ist Ihre Partei bereit, einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang für alle Migrant_innen unabhängig Aufenthaltsstatus und ódauer gesetzlich einzuführen?	
SPD	CDU
siehe antwort 11	<p>Antwort auf Frage 11 und Frage 12:</p> <p>Anerkannte Asylbewerberinnen und -bewerber, die vom Bundesamt einen positiven Bescheid erhalten haben, dürfen grundsätzlich uneingeschränkt als Beschäftigte arbeiten und auch einer selbstständigen Tätigkeit nachgehen. Personen, die eine Aufenthaltsgestattung oder eine Duldung besitzen, haben bestimmte Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt. Wer dauerhaft oder für einen längeren Zeitraum in Deutschland bleibt, der muss auch auf dem Arbeitsmarkt integriert werden. An dieser Regelung wollen wir festhalten.</p> <p>Die Integration von Migranten und Flüchtlingen mit Bleiberecht kann nur gelingen, wenn sie erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert sind. Deshalb brauchen wir Programme zur Aus- und Weiterbildung von Flüchtlingen und für ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Initiativen wie z.B. die Ausbildungs- und Berufsinitiative "Arrivo Berlin" müssen verbessert werden und viel mehr Unternehmen erreichen und Flüchtlinge fördern.</p> <p>Die Schaffung gemeinnütziger zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten (gzA) ist ein wesentlicher Baustein zu einer ersten erfolgreichen Integration geflüchteter Menschen in Berlin. Unser Ziel ist es, für die Asylbewerber weitere Möglichkeiten zu schaffen, ihre Lebenssituation selbst aktiv zu gestalten sowie die eigene finanzielle Situation aufzubessern. Mentoren, die die Flüchtlinge über einen längeren Zeitraum begleiten und bei Hindernissen helfen, sie zu überwinden, sind für einen Start in das Berufsleben eine wertvolle Unterstützung. Wir wollen vor allem kleine und mittlere Unternehmen subventionieren, wenn sie Flüchtlingen Praktikanten- und Ausbildungsstellen anbieten.</p>

12. Ist Ihre Partei bereit, einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang für alle Migrant_innen unabhängig Aufenthaltsstatus und -dauer gesetzlich einzuführen?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
DIE LINKE. Berlin will Geflüchtete schnellstmöglich in unsere Gesellschaft aufnehmen und eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Wir wollen, dass Geflüchtete schnell Zugang zu Ausbildung und Arbeit bekommen. Mit diesem Ziel soll ein umfassendes und abgestimmtes Konzept erarbeitet werden, das von der Erstberatung über Sprachkurse bis hin zum Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag die notwendige Begleitung sichert und auch die besondere Lebenssituation von Frauen berücksichtigt wird. Mitarbeiter*innen in den Unterkünften müssen dazu qualifiziert werden, Ratsuchende an entsprechende Beratungsstellen zu vermitteln. In Unterkünften und Behörden muss mehrsprachiges Infomaterial zur Verfügung stehen. Wir wollen, dass Kompetenzen und Potenziale schnell erkannt werden. Dazu ist speziell geschultes Perso-	Deshalb ist es umso wichtiger, möglichst zügig mit der Arbeitsmarktintegration zu beginnen. Eine hohe Bedeutung kommt daher der frühzeitigen Erfassung, Aktivierung und Entwicklung der Kompetenzen zu. Dazu gehört, neben der schnelleren Anerkennung ausländischer Abschlüsse, die Erfassung und Anerkennung auch nicht formaler Kompetenzen. Dies kann nur in Zusammenarbeit mit den Kammern gelingen; hierfür werben wir gezielt. Wir suchen den Schulterschluss mit der Berliner Wirtschaft bei der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Diese kann nur als gemeinsame Anstrengung, von der aber schlussendlich alle profitieren, gelingen. Die Berliner Landesunternehmen gehen bereits mit gutem Beispiel bei der Bereitstellung von Praktika und Qualifizierungsangeboten voran. Dieses Engagement kann mithilfe eines	Ja.

nal nötig, da nicht immer Qualifikationsnachweise vorliegen und Studien- und Berufsbilder aus dem Herkunftsland nicht unbedingt mit den hiesigen vergleichbar sind. Die Ausländerbehörde muss angewiesen werden, ihre Ermessensspielräume bei der Erteilung einer Arbeitserlaubnis zugunsten der Geflüchteten zu nutzen. Geflüchtete sollen aktiv auf die Möglichkeit hingewiesen werden, eine Arbeitserlaubnis zu beantragen. Wir wollen, dass notwendige kommunale sozialintegrative Leistungen (Kindertagesbetreuung, Beschulung, psychosoziale Leistungen für traumatisierte Geflüchtete etc.) sichergestellt werden. DIE LINKE. Berlin befürwortet einen sofortigen uneingeschränkten Zugang zu Arbeit, Ausbildung und den Maßnahmen der Arbeitsförderung unabhängig von Aufenthaltsstatus und -dauer. Wir wollen die Aufhebung des Arbeitsverbotes und die Abschaffung der Vorrangprüfung. Als Teil der Verordnung des sogenannten Integrationsgesetzes verzichtet die Bundesagentur für Arbeit seit Kurzem in bestimmten Regionen . darunter auch in Berlin . und abhängig von der Arbeitsmarktlage in den jeweiligen Bundesländern befristet auf die Vorrangprüfung. Wir wollen verstärkte Anstrengungen unternehmen, damit vorhandene im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen schnell anerkannt werden und die Menschen sich, wenn erforderlich, zügig weiter qualifizieren können. Wir werden das Landesanererkennungsgesetz nachbessern und prüfen, wie Zugangshürden abgebaut werden können, ohne Ausbildungsstandards abzusenken. Grundlage dafür ist eine solide Zahlenbasis, die die Probleme deutlich macht. Wir wollen, dass der beschlossene Härtefallfonds endlich eingeführt wird, damit der teure Prozess der Anerkennung von Abschlüssen nicht aus finanziellen Gründen abgebrochen werden muss.

Landesförderprogramms stärker unterstützt werden. Anders als der Senat beschränken wir uns nicht darauf, die bestehenden Arbeitsmarktinstrumente auch für Geflüchtete zu öffnen. Denn die zu uns kommenden Menschen brauchen spezielle Angebote, damit die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen kann. Die Jobcenter müssen für die Unterstützung, Qualifizierung und Vermittlung von geflüchteten Menschen fit gemacht werden. Hierzu sollen Integrationsteams in den Jobcentern, die zielgenaue Förderungen anbieten können, aufgebaut werden. Zusammen mit IHK, HWK, Gewerkschaften, Oberstufenzentren, Arbeitsagenturen und Bezirken starten wir eine Ausbildungsinitiative für Geflüchtete: Ziel ist eine kombinierte (berufsbezogene) Sprachförderung und Ausbildungsbegleitung und -beratung für die Azubis wie für die auszubildenden Betriebe. Entsprechende Mentoringprogramme sind bereits in Hessen erfolgreich gestartet sowie von Wohlfahrtsverbänden und Migrant*innenorganisationen entwickelt worden. Jungen Menschen mit Duldung oder im Asylverfahren soll ein Bleiberecht mindestens bis zum Abschluss der Ausbildung garantiert werden, wenn sie einen Ausbildungsplatz oder einen Studienplatz vorweisen können oder dabei sind, einen Schulabschluss nachzuholen. Parallel dazu schaffen wir mithilfe von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten im Rahmen gemeinwohlorientierter Arbeit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Geflüchtete innerhalb der Unterkünfte und Einrichtungen. Unser Ziel ist es, dass die jungen Menschen berufsqualifizierende Abschlüsse erwerben. Wir erkennen ausländische Abschlüsse so rasch und unbürokratisch wie möglich an. Der Berliner Arbeitsmarkt wird von Unsicherheit und Prekarisierung geprägt. Viele Berliner*innen, gerade Frauen, leiden am Makel Minijob im Lebenslauf, der verhindert, dass sie zurück in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kommen. Diese Rückkehr wollen wir gezielt fördern. In den Jobcentern wollen wir die gesetzlichen Ermessensspielräume zugunsten der Betroffenen auslegen. Sanktionieren und Gängeln löst keine Probleme. Deshalb braucht Berlin eine Arbeitsmarktpolitik, die motiviert und Perspektiven eröffnet. Gleichzeitig wollen wir für alle, die vorerst kaum Chancen auf Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, neue Möglichkeiten durch einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt geflüchteten Frauen und Mädchen, für die wir spezifische Angebote schaffen. Dafür richten wir ein Mentoring-Programm für die Azubis mit einer berufsbezogenen Sprachförderung und eine Begleitung für die auszubildenden Betriebe ein und sorgen wo nötig für Kinderbetreuungsangebote. Die sogenannte 3+2-Regelung ist für auszubildende Betriebe eine zentrale Voraussetzung, um Geflüchteten überhaupt einen Ausbildungsplatz anzubieten.

13. Was werden Sie tun, um einen gleichberechtigten Zugang zu den Regeldiensten und insbesondere zu Förderinstrumenten zu gewährleisten?	
SPD	CDU
siehe antwort 11	<p>Das Integrationskonzept des Berliner Senats als auch das Partizipations- und Integrationsgesetz beinhalten das Ziel, Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Chancen auch beim Zugang zu sozialen Diensten und Einrichtungen zu gewähren. Die interkulturelle Öffnung aller sozialen Angebote ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.</p> <p>Es ist selbstverständlich, dass die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre interkulturellen Kompetenzen pflegen und ausbauen. Doch auch Menschen mit Migrationshintergrund müssen in Eigeninitiative ihre interkulturellen Kompetenzen stärken und sich insbesondere um eine Beherrschung der deutschen Sprache bemühen.</p>

13. Was werden Sie tun, um einen gleichberechtigten Zugang zu den Regeldiensten und insbesondere zu Förderinstrumenten zu gewährleisten?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>DIE LINKE. Berlin will Geflüchtete schnellstmöglich in unsere Gesellschaft aufnehmen und eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Wir wollen, dass Geflüchtete schnell Zugang zur Ausbildung und Arbeit bekommen. Mit diesem Ziel soll ein umfassendes und abgestimmtes Konzept erarbeitet werden, das von der Erstberatung über Sprachkurse bis hin zum Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag die notwendige Begleitung sichert und auch die besondere Lebenssituation von Frauen berücksichtigt wird. Mitarbeiter*innen in den Unterkünften müssen dazu qualifiziert werden, Ratsuchende an entsprechende Beratungsstellen zu vermitteln. In Unterkünften und Behörden muss mehrsprachiges Infomaterial zur Verfügung stehen. Wir wollen, dass Kompetenzen und Potenziale schnell erkannt werden. Dazu ist speziell geschultes Personal nötig, da nicht immer Qualifikationsnachweise vorliegen und Studien- und Berufsbilder aus dem Herkunftsland nicht unbedingt mit den hiesigen vergleichbar sind. Die Ausländerbehörde muss angewiesen werden, ihre Ermessensspielräume bei der Erteilung einer Arbeitserlaubnis zugunsten der Geflüchteten zu nutzen. Geflüchtete sollen aktiv auf die Möglichkeit hingewiesen werden, eine Arbeitserlaubnis zu beantragen. Wir wollen, dass notwendige kommunale sozialintegrative Leistungen (Kindertagesbetreuung, Beschulung, psychosoziale Leistungen für traumatisierte Geflüchtete etc.) sichergestellt werden. DIE LINKE. Berlin befürwortet einen sofortigen uneingeschränkten Zugang zu Arbeit, Ausbildung und den Maßnahmen der</p>	siehe 12	<p>Die PIRATEN Berlin setzen sich in allen Bereichen für eine interkulturelle Öffnung ein. Im Bereich der Altenpflege teilen wir die Kritikpunkte des Kompetenz Zentrums Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (KOMZEN) an den bestehenden Strukturen. Die Handlungsempfehlungen 2015-2018 des Runden Tisches Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe in den Berliner Bezirken sind zügig umzusetzen. Im Dialog mit den LIGA-Verbänden und Betroffenen werden wir darauf drängen, den gleichberechtigten Zugang zu allen Regeldiensten zu verwirklichen und geeignete Förderinstrumente dafür bereit zu stellen.</p>

<p>Arbeitsförderung unabhängig von Aufenthaltsstatus und -dauer. Wir wollen die Aufhebung des Arbeitsverbotes und die Abschaffung der Vorrangprüfung. Als Teil der Verordnung des sogenannten Integrationsgesetzes verzichtet die Bundesagentur für Arbeit seit Kurzem in bestimmten Regionen . darunter auch in Berlin . und abhängig von der Arbeitsmarktlage in den jeweiligen Bundesländern befristet auf die Vorrangprüfung. Wir wollen verstärkte Anstrengungen unternehmen, damit vorhandene im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen schnell anerkannt werden und die Menschen sich, wenn erforderlich, zügig weiter qualifizieren können. Wir werden das Landesankennungsgesetz nachbessern und prüfen, wie Zugangshürden abgebaut werden können, ohne Ausbildungsstandards abzusenken. Grundlage dafür ist eine solide Zahlenbasis, die die Probleme deutlich macht. Wir wollen, dass der beschlossene Härtefallfonds endlich eingeführt wird, damit der teure Prozess der Anerkennung von Abschlüssen nicht aus finanziellen Gründen abgebrochen werden muss.</p>		
---	--	--

14. Welche konkreten Maßnahmen schaffen Sie für einen besseren Einstieg ins Berufsleben für migrantische Frauen of Color? Mit welchen konkreten Maßnahmen helfen Sie migrantischen/geflüchteten Frauen mit Kindern, beruflich unabhängig zu werden?	
SPD	CDU
<p>Es sind zeitgemäße, abgestimmte und besser koordinierte Hilfsangebote nötig, um auch Menschen in schwierigsten Situationen wieder Perspektiven für ein eigenständiges (Erwerbs-)Leben zu ermöglichen. Zugleich halten wir an einem sozialen Arbeitsmarkt für diejenigen fest, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine unmittelbare Chance haben. Öffentlich geförderte Beschäftigung ermöglicht den Einstieg in die Erwerbstätigkeit für diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen sollen.</p> <p>Eine auf Teilhabe am Erwerbsleben orientierte Arbeitsmarktpolitik muss auch die Qualifizierung und Nachqualifizierung, gerade von Langzeitarbeitslosen und gering Qualifizierten, gewährleisten. Solche Qualifizierungsmodule müssen in bestehende Beschäftigungsverhältnisse auf dem sozialen Arbeitsmarkt sowie in andere Beschäftigungssituationen integriert werden und vor allem nah an der ausgeübten Beschäftigung orientiert sein, damit sie die Menschen auch tatsächlich befähigen.</p> <p>Dabei ist eine individuelle Unterstützung, etwa in Form eines freiwilligen Coachings, sinnvoll, um neue Beschäftigungsverhältnisse zu stabilisieren. Solche individuellen Coachings können auch beim Umgang mit nicht primär arbeitsmarktbezogenen Problemlagen, wie individueller Verschuldung von Menschen, dazu befähigen, sich auf lange Sicht wieder eigenständig am Erwerbsleben zu beteiligen. Deshalb fördern wir im Land Berlin mit Coaching und Qualifizierung gerade diejenigen, die diese Hilfe am meisten benötigen. Die betroffenen Menschen binden wir von Anfang an in den Prozess ein. Zentrales Ziel ist die Befähigung und Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt, um die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Zu einer sozialen Arbeitsmarktpolitik gehört auch, Arbeitgeber*innen in die Pflicht zu nehmen, damit sie Menschen eine neue Chance geben. Die Unternehmen, die sich in Berlin niederlassen und Mittel aus der Wirtschaftsförderung in Anspruch nehmen, müssen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Die Bedingungen für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sind entsprechend zu ändern.</p>	<p>Frauen spielen für die Integration von Zuwandererfamilien eine zentrale Rolle. Daher stehen wir ihnen im Integrationsprozess zur Seite. Mädchen und junge Frauen müssen an allen Angeboten des schulischen Lebens teilnehmen können. Wir wollen ihre Bildungsmöglichkeiten verbessern, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben unseres Landes teilhaben können.</p> <p>Wir wollen die Teilnahme zugewanderter und geflüchteter Frauen und Mädchen aus allen Kulturkreisen am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben fördern, denn nur dann kann Integration gelingen. Für eine gelungene Integration und den Zugang zum Arbeitsmarkt ist das Erlernen unserer deutschen Sprache unerlässlich. Deswegen fordern wir, dass für alle Geflüchteten der Sprachkurs ab dem ersten Tag des Aufenthaltes in Deutschland erfolgen muss und nicht erst nach der formellen Anerkennung als Flüchtling. Wir wollen deutsche Sprachkurse und Sprachtests für unterschiedliche Vorkenntnisse anbieten. Das Kompetenzniveau, das Erwachsene für den Start in ein selbstbestimmtes Arbeitsleben mitbringen sollten, sollte mindestens die Stufe B1 (selbständige Sprachverwendung) betragen. Die Finanzierung dafür muss gesichert sein. Zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten müssen Initiativen, wie z.B. die Ausbildungs- und Berufsinitiative <i>sArrivo Berlin</i> verbessert werden und viel mehr Unternehmen erreichen und Flüchtlinge fördern. Außerdem wollen wir ein Tandem-Programm auf den Weg bringen, bei dem sich ein Langzeitarbeitsloser und Flüchtling einen Arbeitsplatz teilen.</p> <p>Auch ist darauf zu achten, dass Mädchen und junge Frauen an allen Angeboten des schulischen Lebens teilnehmen können.</p>

14. Welche konkreten Maßnahmen schaffen Sie für einen besseren Einstieg ins Berufsleben für migrantische Frauen of Color? Mit welchen konkreten Maßnahmen helfen Sie migrantischen/geflüchteten Frauen mit Kindern, beruflich unabhängig zu werden?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>DIE LINKE. Berlin will Projekte, die Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte bei der Vermittlung in Ausbildung unterstützen z.B. <i>„Berlin braucht dich“</i> die auch schon in der Vergangenheit besonders junge Frauen mit Einwanderungsgeschichte angesprochen haben. Zudem wollen wir im Rahmen unseres umfassenden und abgestimmten Konzepts zur Arbeitsintegration von Geflüchteten (siehe oben) frauenspezifische Instrumente und Maßnahmen der Landesarbeitsmarktpolitik entwickeln. Wir wollen eigene Sprachkurse mit Kinderbetreuung für Flüchtlingsfrauen einrichten sowie den Zugang zu sozialintegrativen Eingliederungsleistungen wie Kinderbetreuung auch für Geflüchtete verbessern.</p>	<p>siehe 12</p>	<p>Wichtige Anlaufstellen für die Frauenförderung und den Gewaltschutz sind in Berlin seit Jahrzehnten chronisch unterfinanziert. Damit können sie nicht nur dem Bedarf kaum Rechnung tragen. Das führt dazu, dass die Angebote von den Mitarbeiterinnen nur noch durch Selbstausschöpfung erbracht werden können. Wir fordern eine pauschale Aufstockung der Mittel für die Fraueninfrastruktur sowie einen gezielten Ausbau bei Angeboten für gewaltbetroffene und wohnungslose Frauen.</p>

15. Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen, um für präventive Vorsorgeuntersuchungen für Frauen und LSBTI*Q of Color zu sorgen?	
SPD	CDU
<p>Durch das erfolgreiche Berliner <i>„Aktionsprogramm Gesundheit“</i> werden Prävention und Gesundheitsförderung gestärkt. An dem Programm halten wir fest und entwickeln es weiter. Ziel muss sein, die gefundenen besten Beispiele und Projekte zur Förderung der Gesundheit für alle Menschen in allen Kiezen verfügbar zu machen. Projekte der Gesundheitsförderung und Prävention dürfen sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche beschränken. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die niederschweligen Angebote einer Beratung und Testung auf sexuell übertragbare Krankheiten wie HIV/AIDS, Hepatitis C und Syphilis etc. der freien Träger und der staatlichen Behörden wie den Bezirken Gesundheitsämtern, fortgeführt und weiterentwickelt werden.</p>	<p>Die CDU will, dass auch in Zukunft jeder in unserem Land Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung hat, unabhängig von seinem Einkommen, Alter, seiner Herkunft, seinem Geschlecht oder seinem gesundheitlichen Zustand. Wir stehen für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, das Menschlichkeit, Qualität und Bezahlbarkeit zusammenführt und zu einer hohen Lebensqualität in Berlin und Deutschland beiträgt.</p> <p>Mit dem Aktionsprogramm Gesundheit hat die Berliner CDU in der letzten Legislaturperiode in der Koalition ein landeseigenes Präventionsprogramm mit knapp 1,5 Millionen Euro geschaffen. Dieses ist nun eine gute Grundlage, um die Chancen des bundesdeutschen Präventionsgesetzes zu nutzen, um mit allen Partnern . den Krankenkassen, der Handwerkskammer, der IHK und vielen sozialen Trägern . in den Lebenswelten die Gesundheitsprävention auszubauen.</p> <p>Die Gesundheitsförderung für alle Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist ein wichtiger Teil unserer Integrationspolitik. Für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gilt, dass diese zum Teil über die Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge und -versorgung nicht ausreichend informiert sind und die Angebote zu selten nutzen. Oft erschweren sprachliche und kulturelle Barrieren sowie Bildungsferne ihren Zugang zum Gesundheitssystem. Mithin zeigt sich auch mit Blick auf die Gesundheitsvorsorge und -versorgung, dass gute Sprachkenntnisse für das Leben in Deutschland sehr wichtig sind. Das Gesundheitssystem muss sich hier weiter öffnen. Notwendig</p>

	<p>sind mehrsprachige Informationsmaterialien, die gezielt auf Angebote zur Prävention und medizinische Versorgung aufmerksam machen. Ebenso sind die interkulturellen Kompetenzen der Fachkräfte im Gesundheitssystem weiter zu verbessern.</p>
--	--

15. Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen, um für präventive Vorsorgeuntersuchungen für Frauen und LSBTI*Q of Color zu sorgen?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>Wir werden uns für eine umfassende medizinische Versorgung für alle Menschen die hier leben einsetzen, dazu gehören auch Vorsorgeuntersuchungen sowie die Versorgung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter wie z.B. Flüchtlingskindern, allein reisenden Flüchtlingsfrauen, LSBTI*Q of Color, Traumatisierte u. a. Wir wollen, dass ihnen geholfen wird. Wir wollen, dass die verschiedenen Gruppen von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten die Unterbringung in eigenen Unterkünften bzw. besonderen Schutzräumen ermöglichen und ausreichend Plätze zur Verfügung stellen. Die ersten Schritte, die in Berlin für den Schutz und die Ermutigung von schwulen, lesbischen, trans- und intersexuellen Geflüchteten gegangen wurden, wollen wir in eine neue Initiative Berlin für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt (ISV) integrieren.</p>	<p>Alle Menschen, egal welchen Geschlechts, welcher Ethnien oder welcher sexuellen Orientierung haben für uns selbstverständlich einen gleichberechtigten Zugang zu präventiven Vorsorgeuntersuchungen. Denn wir sagen: Gesundheitliche Prävention ist gut für die Menschen und unsere Gesellschaft. Wir wollen die Gesundheit fördern, indem wir den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und z. B. auch die Arbeit dort attraktiver gestalten. Wir wollen außerdem, dass durch ein "Grünes Krankenhaus", das transparent und unabhängig arbeitet, die Patient*innenversorgung optimiert wird. Das kommt allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugute.</p>	<p>Wir unterstützen Projekte wie Glad e.V. und LSVD, die sich für LSBTI*Q of Color einsetzen. Präventive Vorsorgeuntersuchungen sind sowohl individuell als auch gesamtgesellschaftlich sinnvoll und werden daher von uns unterstützt.</p>

16. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie gegen Mehrfachdiskriminierungen in Bildung/Arbeit/Gesundheit/Öffentlichkeit schaffen?	
SPD	CDU
<p>Wir wollen die rechtlichen Grundlagen für einen nachhaltigen Diskriminierungsschutz verbessern, indem das landesrechtliche Potential zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung positiver Ansätze gezielt ausgeschöpft und durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz gestärkt wird. Dieses wird die Bereiche Bildung, Gesundheit, Vergaberecht und Soziales einbeziehen und den Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sowie allgemeine Verwaltungsverfahren absichern. Außerdem werden wir eine Bundesratsinitiative zur Nachbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes auf den Weg gebracht wird, die unter anderem ein Verbandsklagerecht, eine Ausweitung der Klagefristen und eine kritische Überprüfung der Verwendung des Begriffs der „Rasse“ wie auch der zahlreichen Ausnahmetatbestände des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zum Inhalt hat.</p>	<p>Die CDU wirbt für Toleranz und wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung. Wir lehnen jede Form der Diskriminierung ab und setzen uns intensiv für einen wirksamen Diskriminierungsschutz in allen Lebensbereichen ein.</p> <p>Menschen in ihrer Vielfalt zu akzeptieren, ohne selbst notwendigerweise ihre Orientierung zu teilen, ist eine Voraussetzung für eine demokratische und freiheitliche Gesellschaft, in der die Würde jedes einzelnen Menschen sich auch im Alltagsleben als unantastbar (vgl. Artikel 1 GG) erweist.</p> <p>Der umfassende Schutz vor Diskriminierung ist in unserer Stadt und in unserem Land Wirklichkeit. Deutschland hat mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz aus dem Jahr 2006 die vier Richtlinien der EU zum Diskriminierungs-</p>

	<p>schutz umgesetzt. Um einen wirksamen Diskriminierungsschutz in Deutschland sicherzustellen, wurde mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz die Antidiskriminierungsstelle des Bundes bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geschaffen, die sowohl als Ansprechpartnerin für alle von Diskriminierung Betroffenen dient als auch mit eigenen Programmen zu einem Abbau von Diskriminierung beiträgt.</p> <p>Wir wollen, dass unsere Kinder zu mündigen, urteilsfähigen und toleranten Mitgliedern unserer wertbewussten Gesellschaft und Demokratie heranreifen. Der CDU Berlin ist wichtig, dass unseren Kindern in den Kitas und an den Schulen grundsätzlich Wissen, Respekt, eigene Urteilskraft, Toleranz und Offenheit beigebracht wird.</p>
--	---

<p>Frage 16. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie gegen Mehrfachdiskriminierungen in Bildung/Arbeit/Gesundheit/Öffentlichkeit schaffen?</p>		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>Ein entsprechender Entwurf lag schon am Ende der rot-roten Legislaturperiode im Juli 2011 vor. Wir wollen ein Landesantidiskriminierungsgesetz einführen, denn Ausgrenzung und Rassismus gehören für viele Berliner*innen zu ihren täglichen Erfahrungen. Dieser Rassismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft, auch aus Polizei und Verwaltung. Wir wollen zudem die zivilgesellschaftlichen Projekte und Einrichtungen gegen Rassismus und Rechtspopulismus unterstützen und fördern sowie die Opfer rassistischer Gewalt und Diskriminierung stärken. Dazu gehören antirassistische Bildungsarbeit in den Verwaltungen, Schulen, Kitas und öffentlichen Behörden als Teil der interkulturellen Öffnung mit dem Ziel, institutionellen Rassismus zurückzudrängen und das Verbot des racial profiling. Zudem befürwortet DIE LINKE, Berlin die Einrichtung von Beschwerdestellen in der öffentlichen Verwaltung wie der Polizei, der Ausländerbehörde und in Schulen. Die Einführung einer unabhängigen Instanz für die Untersuchung von unrechtmäßiger Polizeigewalt ist eine alte, aber nach wie vor aktuelle Forderung der LINKEN. Nach wie vor erschrecken die Zahlen darüber, wie viele der Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamt*innen folgenlos bleiben, weil nicht ausreichend und/oder nicht objektiv ermittelt wird. Deshalb halten wir eine solche unabhängige Stelle für unverzichtbar. Der Erfolg einer solchen unabhängigen Beschwerdestelle ist allerdings abhängig von ihrer Ausstattung und ihren Befugnissen. Sie muss deshalb zum einen materiell und personell ausreichend ausgestattet sein, um die Ermittlungsaufträge bearbeiten zu können. Zum anderen muss sie die nötigen Ermittlungsbefugnisse wie Einsichtsrechte in Akten, Daten oder Unterlagen, Auskunfts- und Vernehmungsrechte, Beweiserhebungs-</p>	<p>Der Schutz vor Diskriminierung gehört zu den elementaren menschenrechtlichen Verpflichtungen. Gleichwohl sind die Berliner*innen gerade vor Benachteiligungen durch den Staat nur unzureichend geschützt. Dies gilt . von der Schule über die Gesundheitsversorgung bis zur Versorgung mit Wohnraum . insbesondere für Roma. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir daher den Schutz vor rassistischer Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, wegen einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, der psychischen Verfasstheit, wegen des Lebensalters, der sexuellen Identität oder des sozialen Status verbessern. Wir begrüßen das Projekt einer Beschwerdestelle für Diskriminierung an Schulen und setzen uns für die Einrichtung einer solchen Stelle auf Landesebene ein. Zur Verhinderung struktureller Diskriminierung soll vorab geprüft werden, ob bei neuen Regelungen diskriminierende Auswirkungen zu befürchten sind. Die Kompetenz der Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst im Umgang mit Vielfalt wollen wir stärken und zum Kriterium für Einstellung und Aufstieg machen. Wir schaffen eine starke, unabhängige Antidiskriminierungsstelle mit klaren Aufgaben und Befugnissen und richten in Schulen und bei der Polizei Beschwerdestellen ein. Auch den diskriminierenden Ausschluss von Wahlen und Abstimmungen von Menschen, die seit Jahren in Berlin leben, wollen wir beenden. Wir werden daher einen neuen Vorstoß für ein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten unternehmen.</p>	<p>Das Thema Diskriminierung und speziell Mehrfachdiskriminierung muss viel stärker öffentlich diskutiert werden. Kampagnen können sensibilisieren, reichen aber alleine nicht aus. Bei der Diskriminierung in und durch die Polizei ist viel zu tun. Wir fordern daher eine Evaluation des Tatbestands des Racial Profiling, die Abschaffung der sogenannten kriminalitätsbelasteten Orte und die Einführung eines Formblattes, das nach Durchsuchungen von den Beamt_innen ausgefüllt werden muss. Für Beschwerden über Polizei-Übergriffe richtet die dafür zuständige Staatsanwaltschaft eine unabhängige Beschwerdestelle ein. Ihr wird für diese Aufgabe eine Task-Force von polizeilichen Ermittlungsbeamten zur Seite gestellt. Die Beschwerdestelle ist auch zuständig, wenn sich Polizeibeamt_innen, zB of Color, im Dienst gemobbt oder diskriminiert fühlen. Ähnliche Beschwerdestellen unterstützen wir auch im Bildungs- und Gesundheitswesen.</p>

<p>und Zutrittsrechte erhalten. Wir treten zudem dafür ein, dass eine solche Stelle nicht nur für alle Bürger*innen, sondern auch für die Polizeibediensteten selbst offen ist. Dies ist nicht nur sachlich geboten - denn auch bei Beschwerden von Polizist*innen gegen Polizist*innen wird häufig nicht ausreichend ermittelt -, sondern dies wird auch die Akzeptanz einer unabhängigen Untersuchungsinstanz innerhalb der Polizei erhöhen. DIE LINKE. Berlin will eine zentrale, unabhängige Beschwerdestelle bei der Ausländerbehörde einrichten, die jede Beschwerde aufnimmt, dokumentiert und ihr nachgeht. Die Ergebnisse der Beschwerdeprüfung und die ergriffenen Maßnahmen werden jährlich in einem Bericht veröffentlicht. Ein neu eingerichteter Beirat bei der Ausländerbehörde aus Migrant*innenorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Nichtregierungsorganisationen, Bezirken und Senatsverwaltungen wird den Prozess des weitergehenden Umbaus begleiten. Schüler*innen und junge Lehrer*innen sind an Schulen häufig Diskriminierung aufgrund des Migrationshintergrundes, von Behinderung oder sexueller Orientierung ausgesetzt. DIE LINKE. Berlin befürwortet daher unabhängige Beschwerdestellen außerhalb schulischer Strukturen, um solchen Beschwerden nachzugehen.</p>		
---	--	--

17. Wie will Ihre Partei das Verhältnis von Projektförderung und institutioneller Grundförderung von migrantischen und/oder PoC - Künstlerischen Organisationen im Kulturbereich gewichten?	
SPD	CDU
<p>Die Institutionen müssen für jeden offen sein und Barrieren abbauen, unabhängig vom Alter, Einkommen oder Mobilitätseinschränkung, egal ob Geflüchteter oder Ur-Berlinerin bzw. Ur-Berliner. Eine Grundlage hierfür ist die Besucherforschung, die wir fortsetzen. Kulturelle Bildung als selbstverständlicher Teil der Einrichtungsbearbeitung wird von uns gestärkt. Wir setzen uns zudem wieder für eine kostenfreie Zeitspanne für die öffentlichen Museen in Berlin ein, um finanzielle Hürden für den Museumsbesuch zu senken. Außerdem nutzen wir die Chancen der Digitalisierung für die kulturelle Teilhabe und fördern, wo rechtlich möglich, die Veröffentlichung elektronischer Versionen von Druckwerken aus dem Bibliotheksbesitz, sogenannter Digitalisate, unter offenen Lizenzen. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung Berlins hat Migrationserfahrungen. Diese Vielfalt der Kulturen und die wachsende internationale Kulturszene in Berlin sind der Reichtum und die Entwicklungschance der Stadt; die Förderung neuer Akteure und interkultureller Öffnung der Kunstinstitutionen sind Voraussetzungen für eine zeitgemäße Kulturpolitik. Das bedeutet auch die Einbeziehung von Popkultur und anderen kulturellen Formen, die sich jenseits eines eurozentristischen Kulturbegriffs entwickelt haben. Wir wollen öffentlich geförderte Kulturangebote für die vielfältige Bevölkerung der Stadt, sowie partizipative Strukturen in Museen und Theatern, in den Jurys, bei Kuratoren und Gremien für Kunst und Kultur, welche die Vielfalt der Stadt repräsentieren. Dazu gehört auch der freie Eintritt für alle in die Museen an einem Tag oder Abend im Monat. Wir wollen eine Erinnerungspolitik, die Institutionen der historisch-politischen Bildung stärkt und die Vielfalt der Stadt mit ihren Migrationsgeschichte(n) klar aufzeigt.</p>	

17. Wie will Ihre Partei das Verhältnis von Projektförderung und institutioneller Grundförderung von migrantischen und/oder PoC - Künstlerischen Organisationen im Kulturbereich gewichten?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>Die in Berlin lebenden Menschen aus aller Welt bereichern die Stadt ganz wesentlich mit ihrem Erfahrungs- und Wissenshorizont und tragen damit maßgeblich zur Weltoffenheit Berlins bei. Nur ganz langsam bildet sich das aber auch in den Berliner Kultureinrichtungen ab. Das betrifft Publikum und Kunstschaffende gleichermaßen. Im Selbstlauf wird sich keine schnellere Veränderung vollziehen.</p> <p>Das politische Engagement für Diversität und interkulturelle Öffnung muss verstärkt werden. DIE LINKE. Berlin bekennt sich im Wahlprogramm ausdrücklich dazu, Räume und Möglichkeiten für die durch Zuwanderung und Flucht zu uns gekommenen Menschen zu öffnen. Für DIE LINKE. Berlin sind der Rat für die Künste, die Koalition der Freien Szene sowie die migrantischen Selbstorganisationen Interessenvertretungen, deren Kompetenz und Engagement wir sehr hoch schätzen und in der politischen Arbeit berücksichtigen. Das Verhältnis von institutioneller und projektbezogener Kulturförderung gehört in der kommenden Legislaturperiode ohnehin auf den Prüfstand. Dem Schaffen von migrantischen und/oder PoC-Künstler*innen und Gruppen kommt sowohl in der freien Szene als auch innerhalb von Institutionen zunehmende Bedeutung zu. Migrantische Expert*innen und/oder PoC können wesentlich für Transparenz und Zielorientierung bei der Beurteilung von Förderanträgen in Vergabegremien sorgen. Das ist für DIE LINKE ein ebenso wichtiger Aspekt wie die Gewährleistung der Geschlechtergerechtigkeit in der Kulturförderung.</p>	<p>Wir wollen die Vielfalt der Kulturen stärken und sichtbar machen. Durch seine Internationalität und Einwanderungsgeschichte entwickelt Berlin eine Form des kulturellen Zusammenlebens, die einmalig in Deutschland ist. Die Selbstverständlichkeit von Diversität und der beständig steigende Migrationsanteil von derzeit fast 30 Prozent müssen sich in der künstlerischen Produktion und Ausbildung, im Programmmanagement und im Publikum des Kulturbetriebs noch stärker widerspiegeln, in den Theatern, den Konzerthäusern und vor allem den Museen. Zielvereinbarungen und eine Charta der freiwilligen Selbstverpflichtung für mehr Cultural Diversity im Kanon der künstlerischen und dramaturgischen Arbeit an den Kultureinrichtungen sehen wir als einen Weg hin zu mehr Beteiligung der in Berlin lebenden Künstler*innen und zur Erweiterung des Publikums. Wir werden uns für eine Reform der Kulturförderung im Dialog mit den Kulturschaffenden einsetzen, denn die bisherigen Instrumente werden den aktuellen Anforderungen an eine öffentliche Kulturförderung aufgrund der großen Diversität der Stadt schon lange nicht mehr gerecht. Dazu werden wir weiterhin die Impulse der Künstler*innen und Kulturschaffenden aufgreifen für die Entwicklung der modernen Stadtgesellschaft im Bereich Integration, Stadtentwicklung, Bildung, Wirtschaft und natürlich Kultur. Dieser Ansatz schließt die Beteiligung von migrantischen und/oder PoC-künstlerischen Organisationen und Einzelkünstler*innen explizit ein. Berlin braucht ein ausgewogenes Verhältnis in der Förderung des Bewahrens von kulturellem Erbe und der zeitgenössischen Kunstproduktion. Daher werden wir die Fördermittel im Kulturbereich aufstocken, so dass neue Spielräume in der gesamten Förderlandschaft entstehen. Wir werden insbesondere die Freie Szene stärken, in der viele künstlerische Initiativen und Einzelkünstler*innen mit migrantischem Hintergrund aktiv sind. Das Einhalten von Honoraruntergrenzen und Mindesthonorare für alle Künstler*innen in allen Bereichen ist oberstes soziales Ziel unserer Kulturpolitik. Wie werden die Arbeitsräume für künstlerische Produktion und Präsentation sichern und neue Räume ermöglichen. Zudem werden wir unter Einbeziehung bürgerschaftlicher Kompetenz und der Expertise von den Communities Berlin als Ort der Erinnerungskultur stärken. Priorität haben die öffentlichen Bibliotheken in Berlin. Wir werden die Bibliotheken für Menschen aller Generationen und mit jedem kulturellen Hintergrund ausbauen, in den Bezirken und bei der baulichen Neugestaltung der Zentral- und Landesbibliothek. Zudem vertrauen wir in die Kreativität von Kindern und Jugendlichen und werden die kulturelle Bildung und das interkulturelle Wissen stärken. Zugleich unterstützen wir ausdrücklich die Förderung von Kultureinrichtungen, die sich dem Diversity Ansatz verpflichten wie das Ball-</p>	<p>Falls eine ausreichende Gewichtung bei der institutionellen Grundförderung nicht erreicht wird, so wie es momentan der Fall ist, halten wir die Entwicklung einer Quotenregelung für sinnvoll, wie sie sich auch in anderen Politikfeldern bewährt hat.</p>

	<p>haus Naunynstraße, der Heimathafen und viele andere. Wir begrüßen die Neuausschreibung der Werkstatt der Kulturen und wollen dieses Haus als Plattform für die kulturellen Entwicklungen in Berlin als Einwanderungsstadt erhalten. Alle öffentlichen Kulturförderinstrumente stehen auch migrantischen und/oder PoC-künstlerischen Organisationen und Einzelkünstler*innen zur Verfügung. Zur Unterstützung bei der Antragstellung sollte über eine unabhängige Beratungsstelle Hilfestellung geleistet werden, sofern dies von den Communities gewünscht wird.</p> <p>Den Karneval der Kulturen werden wir erhalten.</p>	
--	---	--

18. Sieht Ihre Partei einen Optimierungsbedarf in den aktuellen Förderstrukturen im Kulturbereich? Wie sollen sich hier Förderinstrumente auf Landesebene entwickeln? Soll partizipative Kunst von Migrant_innen ein Förderschwerpunkt hierbei sein?

SPD	CDU
<p>Wer aufgrund seiner sozialen Herkunft benachteiligt ist, hat es heute schwer, seine individuellen Lebenschancen zu nutzen. Kultur- und Bildungspolitik hat für uns auch die Aufgabe, sozialer Benachteiligung durch öffentlich finanzierte Kultur- und Bildungsinstitutionen zu begegnen. Dabei steht vor allem die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien im Vordergrund. Dazu gehört die Teilhabe an kultureller Bildung, unabhängig von der sozialen Lage und der Herkunft, in allen Lebensphasen. Um diesem Anspruch in Berlin gerecht werden zu können, müssen insbesondere die kommunalen Kultur-, Jugend- und Bildungseinrichtungen, die niedrigschwellige Angebote bereithalten, als zentrale gesellschaftspolitische Instanzen gestärkt werden. Neben der musikalischen Früherziehung und Talentförderung in den Musikschulen leisten vor allem die Volkshochschulen einen wichtigen Beitrag für die Volks- und berufliche Bildung. Zudem ist die Volkshochschule mit der Durchführung der Integrations- und Sprachkurse nach dem Zuwanderungsgesetz betraut. Beide Institutionen sind unverzichtbare Bestandteile der kommunalen Infrastruktur. An der Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen entscheidet sich ganz wesentlich, welche Chancen sie hinsichtlich Beruf und Lebensqualität künftig haben werden. Lesen ist damit die kulturelle Schlüsselqualifikation schlechthin. Die Bibliotheken leisten vor diesem Hintergrund einen unverzichtbaren Beitrag für die geistige und kulturelle Bildung vor allem von Kindern und Jugendlichen und brauchen eine langfristige Perspektive.</p>	<p>Antwort auf Frage 17 und 18:</p> <p>Berlin ist eine Stadt, die in lokalen und globalen Fragestellungen untrennbar mit internationalen Migrationsgeschichten verbunden ist. Die CDU begrüßt die vielfältigen zivilgesellschaftlichen migrantischen und minoritären Kultur-, Kunst- und Aktionsformen und spricht sich für die Förderung von musealen und kulturellen Einrichtungen aus, die die Diversität der Stadt Berlin und ihre moderne, weltoffene und urbane Gesellschaft widerspiegeln.</p> <p>Beispielhaft haben wir uns in der vergangenen Legislaturperiode für eine deutliche Zuschusserhöhung und die Aufnahme der interkulturellen Spielstätte Ballhaus Naunynstraße in die Konzeptförderung eingesetzt. Im besonderen Maße freuen wir uns auch über die neue Trägerschaft des Karnevals der Kulturen durch Piranha Arts AG. Dieses große Fest der Vielfalt, eines der (multi-) kulturellen Höhepunkte im Mai, wollen wir auch in Zukunft in unserer Stadt begrüßen dürfen.</p> <p>Darüber hinaus erachten wir die unterschiedlichen Projekte für Geflüchtete, wie z.B. INTERVENTIONEN der Kulturprojekte GmbH, das Willkommen-Angebot der Berliner Landesmuseen oder der von Berlin Mondiale initiierten und unterstützten Partnerschaften zwischen Kultureinrichtungen und Geflüchteten-Unterkünften, als wichtigen Beitrag, der Menschen auf ihrem Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe und aktiven Mitgestaltung unterstützt und stärkt.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von in Berlin lebenden Künstlerinnen und Künstlern . ganz egal welcher Herkunft . zu verbessern. Die Entscheidung über konkrete Förderstrukturen obliegt einer zukünftigen Fraktion in der 18. Legislaturperiode.</p>

Frage 18. Sieht Ihre Partei einen Optimierungsbedarf in den aktuellen Förderstrukturen im Kulturbereich? Wie sollen sich hier Förderinstrumente auf Landesebene entwickeln? Soll partizipative Kunst von Migrant_innen ein Förderschwerpunkt sein?		
Die Linke	Bündnis 90 / Grüne	Die Piraten
<p>DIE LINKE. Berlin fordert schon lange, dass der Zuschuss für interkulturelle Aktivitäten und Projekte erhöht wird und hat zu den parlamentarischen Beratungen zum Haushalt 2016/2017 die Verdopplung der Mittel beantragt. Nach den guten Erfahrungen mit dem Projektfonds für Kulturelle Bildung sieht DIE LINKE außerdem große Entwicklungsmöglichkeiten durch die Förderung von Partnerschaften und Tandemprojekten zwischen unterschiedlichen Akteuren und mit klar definierten Zielen, wie sie von Rat für die Künste gefordert wird. Mit dem Fonds für kulturelle Vielfalt/Diversity-Fonds könnten innovationsbereite Einrichtungen, Akteure der Freien Szene, Migrant*innenorganisationen und Nachwuchstalente dabei unterstützt werden, sich zu öffnen, vorhandene Fähigkeiten zu nutzen und in größerer Diversität zu arbeiten. Damit würde es möglich, Veränderungsprozesse bei Personal, Publikum und Programm in Gang zu setzen, neue Zielgruppen anzusprechen und neue Aktionsformen auszuprobieren. DIE LINKE. Berlin sieht darin eine große Chance zur gleichberechtigten Partizipation von Menschen mit migrantischen und/oder PoC-Künstler*innen und Gruppen.</p>	Siehe 17	<p>Ja, denn der Großteil der Kulturförderung ist in Berlin institutionell gebunden. Es gibt zu wenig Luft, um mit Augenmaß eine Förderpolitik zu betreiben, die auch auf aktuelle künstlerische Entwicklungen reagieren kann. Die Zuwendungen sind seit Jahren zu sehr verfestigt und es findet kaum Evaluation statt. Die wenigen flexiblen Fonds sind so stark überlastet und mit so geringen Mitteln ausgestattet, dass durch sie keine Entlastung möglich ist. Das wollen wir ändern und zu einer neuen Förderstrategie mit neuen Vergabekriterien kommen, die besser ausgestattet ist, transparenter arbeitet und damit Mittel gerechter verteilt. Partizipative Kunst von Migrant_innen sollte dabei nicht nur ein Förderschwerpunkt sein, er muss es sogar sein.</p>